



**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 9734

Die Aufgaben städtischer Socialpolitik.

Abdruck aus dem „Hamburgischen Correspondenten.“

12 552



Hamburg 1896.

Druck und Verlag der A.-G. „Neue Börsen-Halle.“



I.

Die Stellung zur Socialdemokratie.

Das Wort von dem „berechtigten Kern der Socialdemokratie“ ist ein Schlagwort, d. h. es ist auf seinen inneren Werth geprüft inhaltslos und gleichwohl nicht übel geeignet, eine gewisse Tendenz auszudrücken. Das Wort wird gern gebraucht von Leuten, denen gewisse Zustände des Volkslebens bedenklich und bemitleidenswerth erscheinen; sie haben die unbestimmte Empfindung, daß irgend etwas geschehen müsse, und weil sie mit den Socialdemokraten in dem Urtheil über diese Zustände mehr oder weniger einig sind, sprechen sie von dem „berechtigten Kern“ der Socialdemokratie, wobei sie aber in Wahrheit nur das „Sociale“, aber keineswegs die „Demokratie“ im Auge haben. Die Socialdemokraten selbst sind am wenigsten geeignet, diese Auffassung zu theilen und sich zufrieden zu geben, wenn statt ihrer Gesellschaftsauffassung gewisse treibende Tendenzen der heutigen Zeit als berechtigt anerkannt werden. Denn um die Auffassung der Lehre von der Gesellschaft handelt es sich hierbei in der That, und zwar um eine Auffassung, die die Grundlagen der geltenden Gesellschaftsordnung verwirft, nicht aber um den Anlaß, der zur Entwicklung der Socialdemokratie geführt hat.

Die Gesellschaftsordnung der Socialdemokratie ist ein klassenloser Staat, aufgebaut auf der Voraussetzung der Vergesellschaftung der Productionsmittel, also eine Verwerfung der bestehenden Gesellschaftsordnung zu Grunde liegenden Voraussetzung des Privateigenthums. Wer daher — man kann das gar nicht scharf genug auseinanderhalten — an dem Privateigenthum und den darauf gebauten Einrichtungen festhalten will, braucht vor

den Mißbräuchen dieser Einrichtungen nicht die Augen zu verschließen, kann dringend wünschen, zur Abstellung der Mißbräuche die Hand zu bieten; er wird aber einen berechtigten Kern der Socialdemokratie als solchen nicht anerkennen können, ohne die Wirkungen zu verwechseln, die bei verschieden gearteter Auffassung der Gesellschaftsordnung aus denselben Ursachen entspringen. Die Ursachen sind die Wahrnehmung dürftiger und dürftigster Lebenshaltung eines großen Theiles der Menschheit, die Wahrnehmung von Ausbeutung des Besitzlosen durch den Besitzenden, der Anhäufung großer Kapitalien in einer Hand, der Monopolisirung von Grund und Boden oft in wenigen Händen, der Zwangslage, die dadurch für die von dem Monopol Ausgeschlossenen geschaffen wird, des Lohndruckes, der ungenügenden Ernährung, des schlechten Gesundheitszustandes u. s. w. u. s. w., kurz Wahrnehmungen, die uns Allen geläufig sind und uns mit lebhaftem, mitfühlendem Antheil erfüllen.

Die Wirkung dieser Wahrnehmungen ist aber verschieden. Führt sie bei Staatsmännern, Mitbürgern, Volksfreunden zum Nachdenken darüber, wie den Uebelständen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung abzuhelfen sei, so haben sie bei der am härtesten, weil am unmittelbarsten betroffenen Klasse das brennende Gefühl fortdauernder Mißachtung ihrer Menschenrechte und die fast unüberwindliche Ueberzeugung erweckt, daß im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung eben nicht zu helfen sei, daß diese selbst erst umgestoßen werden und durch eine allen Menschen gleiche Rechte gewährende ersetzt werden müsse, ehe von einer Besserung die Rede sein könne. Wenn dieses Gefühl zunächst bei der industriellen und großstädtischen Bevölkerung am mächtigsten emporwuchs und zu einer neuen Partei- und Klassenbildung führte, so ist diese Erscheinung an und für sich nicht verwunderlich, und nur auch nur insofern, als die modernen Productionsverhältnisse dem Drange der Menschennatur nach Verbesserung ihres Looses den sehr specifischen Charakter des Kampfes zunächst gegen die durch die Industrie geschaffene Nothlage gegeben haben. Die Sklavenaufstände der römischen Zeit, die Bauernkriege, die Kämpfe der französischen Revolution sind im Grunde denselben Empfindungen entsprungen. Aber die moderne Zeit hat mit ihren ungeheuren Verkehrseinrichtungen, mit ihrer Presse und der blitzartig schnellen Verbreitung von Nachrichten diesen Kämpfen ein ganz neues Gesicht gegeben.

Zum ersten Male steht die Welt vor mehr als einer lokalen, auf engere Grenzen beschränkten Bewegung: die Bewegung ist heute international geworden; so ist auch unsere Kenntniß der bewegenden Ursachen heute nicht mehr auf ein lokales Gebiet beschränkt, sondern umfaßt die ganze Culturwelt. Im übrigen zeigt dieser Kampf genau dieselben Erscheinungen, wie Kämpfe um Weltanschauungen überhaupt, d. h. diejenigen, die sich unter der herrschenden Gesellschaftsordnung leidlich befinden, sind für ihre Erhaltung, diejenigen, die nichts durch ihren Verlust glauben verlieren, durch eine andere Ordnung aber alles gewinnen zu können, für ihre Beseitigung. Es handelt sich daher nicht so schlechtthin um zwei widerstreitende Anschauungen, wie etwa zwischen Protestantismus und Katholicismus, bei dem beide Theile sich im übrigen in behaglichen Lebensumständen befinden mögen, sondern darum, daß der Kampf aufgenommen ist von denjenigen, welche in wirtschaftlicher und socialer Beziehung in der bestehenden Gesellschaft am niedrigsten stehen und mit ihrem Ideal von Gesellschaftsordnung eine Aenderung dieser Stellung anstreben.

Dieses Bestreben kann aber unmöglich in rein akademischer Weise zum Ausdruck gebracht werden. Es bedarf der Agitation, der Aufrüttelung der Leidenschaften durch Hinweis auf das kargliche Loos der Kämpfenden, auf das reichliche der Bekämpften. Und wie nun der Volksgeist aufgewühlt wird, werden auch die Leidenschaften derjenigen entzündet, die mit den Darbenden zwar die Dürftigkeit, nicht aber die Reinheit des Willens, die Ehrlichkeit der Leidenschaft theilen, sondern theilnehmen an der Bewegung aus durchaus selbstsüchtigen Zwecken und darum auch vor keinem Mittel zurückschrecken, das diesen Zwecken dienlich erscheint, denen Auflösung und Vernichtung alles Bestehenden das Wünschenswertheste dünkt. Daß der Anarchismus an die Fersen der Socialdemokratie geheftet ist, hat dieser selbst in den Augen der sogenannten besitzenden Klassen den eigenthümlichen Charakter einer zerstörungswüthigen Masse aufgeprägt und dazu geführt, daß für die große Menge der diesen Klassen Angehörigen das Wort „Socialdemokratie“ etwas popanzartig Schreckhaftes hat. Dem entspricht denn auch das überaus geringe Verständniß, das von dieser Seite der ungeheuren Bewegung der arbeitenden Klassen entgegengebracht zu werden pflegt. Es wird dabei durchaus verkannt, welche Summe von Idealismus, von Selbstlosigkeit und von

Thatkraft in dieser Bewegung, neben allen Auswüchsen und Rohheiten, sich offenbart und wie hier die Volksseele nach neuer Offenbarung ringt, deren sie heute mehr wie je bedürftig ist.

Und nun kommen wir auf den „berechtigten Kern der Socialdemokratie“ zurück. Man wird einwenden, daß wir hier ja eben diesen berechtigten Kern anerkennen. Mit nichts! Was wir als berechtigt anerkennen, ist die Bewegung, ist der Drang nach Besserung, nach Beseitigung von Mißständen; aber in der Socialdemokratie selbst finden wir so lange keinen berechtigten Kern, als wir uns nicht auf den Boden der von ihr vertretenen Gesellschaftsauffassung stellen. Nur dadurch, daß die Bewegung von eben denjenigen getragen wird, die in ihrem Drange nach Verbesserung sich der Partei anschließen, die eine Partei der arbeitenden Klassen ist, wird der Blick beirrt und die Meinung erweckt, es handle sich eben bei der Bewegung nur um die Socialdemokratie. Nein, um das Volk handelt es sich und seine Instincte, die es zu erkennen und zu leiten, nicht zu ignoriren gilt.

Vielleicht hat nichts deutlicher als die Verhandlungen des jüngsten socialdemokratischen Parteitages gezeigt, wie sehr die zielbewußten Anhänger der Socialdemokratie selbst das farge Almosen des „berechtigten Kernes“ verwerfen, das ihnen von wohlmeinenden Leuten gespendet wird. Das Agrarprogramm fiel, nicht, weil es an und für sich dem Bestreben, bessernde Hand an Schäden anzulegen, nicht entsprochen hätte, sondern weil es in derselben Weise, wie jene Wohlmeinenden von dem berechtigten Kern der Socialdemokratie sprechen, einen „berechtigten Kern der bestehenden Gesellschaftsordnung“ anerkannte und auf Grund der bestehenden Ordnung zu bessern versuchte. Man will eben von Seiten der reinen Socialdemokraten nicht mit berechtigten Kernen, sondern nur mit der ganzen Frucht zu thun haben; man will den socialdemokratischen Staat und verwirft, was innerhalb der bestehenden Ordnung ausführbar erscheint.

Und so müssen die, welche Anhänger des Bestehenden sind, klar und bewußt gegen eine Anschauung sich wenden, die ihres Grachtens verwerflich ist, wie jene die ihrige bekämpfen. Verwerflich nicht, weil sie eine Gleichheit aller Menschen predigt. Vermöchte sie jene Gleichheit und eine allgemeine Glückseligkeit aller Menschen herbeizuführen, wer wollte nicht, selbst mit Einbuße mancher Lebensgewohnheiten, freudig hierzu beitragen! Aber dieser

Erfolg wird ebenso wenig erreicht werden wie die Abschaffung von Tod und Krankheit, der Unterschied zwischen Klugheit und Dummheit, zwischen Charakter und Charakterlosigkeit. Mit andern Worten: Eine Gesellschaftsordnung, die mit ihrer Forderung der Gleichmachung jede Individualität vernichtet und mit einer schlechthin undenk-
baren Güte der menschlichen Natur rechnen muß, ist eine Utopie, an deren Verwirklichung wir weder glauben können, noch glauben wollen. Eine Gesellschaftsauffassung, die unserer festen Ueberzeugung nach mit der Vernichtung des Bestehenden auch alle werthvollsten Güter unserer Cultur, unserer politischen und wissenschaftlichen Errungenschaften davonschwemmen würde, wollen wir grundsätzlich bekämpfen. Aber die Bewegung, von der sie getragen wird, haben wir in ihrem vollen Umfange zu würdigen und in ihr nicht bloß einen berechtigten Kern zu erkennen, sondern die treibende Kraft unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens.

II.

Was heißt „social“? Wir haben in den verschiedensten Zusammensetzungen „Kathedersocialisten“, „reine Socialisten“, „Christlich-Sociale“, „Socialdemokraten“ u. s. w. und nennen Leute, die sich um alle diese socialen Dinge kümmern, „Socialpolitiker“, ihre Thätigkeit „Socialpolitik“. Damit hat das Wort eine gewisse selbständige Bedeutung erlangt, vor der so viele zurückschrecken, weil vergessen wird, daß das Wort nur im Gegensatz verständlich wird, und zwar im Gegensatz zu dem Worte „individual“. Hat die Lehre von der alleinseigmachenden Kraft des „Individualismus“ ein Jahrhundert beherrscht und ihren Einfluß in der Periode besonderer Entwicklung der Productions- und Verkehrsformen auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse geübt, so begann vor etwa einem Vierteljahrhundert die Meinung sich abzuschwächen, daß die schrankenlose Willkür des Einzelnen, die Nichteinmischung der Gesellschaft den Interessen der Gesamtheit am besten diene, und die wirkende Kraft der freien Intelligenz, getrieben von Eigennutz auf der einen, von Gemeinfinn auf der anderen Seite, die Wege finden würde, um sich selbst und damit auch der Gesellschaft am nütz-

lichsten zu sein. Man begann einzusehen, daß mit der völligen Freiheit in der Ausnutzung der Kapitalkraft die Ausbeutung des dem Kapital unterworfenen Lohnarbeiters Hand in Hand ging, daß mit dem Monopol des Grundbesitzes die Verödung weiter Länderstrecken wohl vereinbar war, die productiven Zwecken entfremdet wurden, und daß weder die Besitzenden geneigt waren, ihren arbeitenden Mitmenschen zu Liebe die Vortheile der Konkurrenz preiszugeben, noch die Arbeitenden für sich allein im Stande waren, sich den Wirkungen der freien Konkurrenz zu entziehen.

Und so kam allmählich, obwohl unserem modernen Eisenbahntempo entsprechend, schneller, als sonst eine politische oder wirtschaftliche Bewegung sich auszubreiten vermochte, die „sociale“ Bewegung herauf, d. h. die gesellschaftliche Bewegung gegenüber der Einzelwillkür, die durch sich selbst eine Bewegung der arbeitenden Klassen werden mußte, weil diese in erster Linie von gesellschaftlichem oder genossenschaftlichem Zusammengehen Besserung zu erhoffen hatten. Und so sehen wir, zunächst namentlich in England unter den gelehrten, besser vorgebildeten industriellen Arbeitern einen Zusammenschluß, dessen erste und wichtigste Aufgabe es ist, durch gemeinschaftliches Handeln und festes Zusammenhalten angemessene Arbeitsbedingungen zu erlangen und festzuhalten und die Lebenshaltung der zusammengeschlossenen Mitglieder auf einer menschenwürdigen Höhe zu erhalten. Die für die einzelnen Zweige industrieller Thätigkeit gebildeten Gewerkvereine — trade-unions — setzen ihre Forderungen gegenüber den Arbeitgebern vielfach mit Erfolg durch; sie unterliegen zuweilen und fordern, namentlich im Beginn ihrer Thätigkeit, die starke, oft blutige Gegenwehr der bestehenden Gesellschaft heraus, bis nach und nach auch in den staatsleitenden Kreisen erkannt wird, daß man es nicht mit einer zufälligen, der Combination besonderer Umstände zuzuschreibenden aufständischen Bewegung zur Vergewaltigung eines einzelnen Fabrikherrn zu thun hatte, sondern daß es sich hier um die ganz neue Forderung der Arbeiter handelte, bei der Festsetzung der Löhne ein entscheidendes Wort mitzusprechen.

Die englischen Gewerkvereine bieten dann nicht allein Anlaß zu parlamentarischen Erhebungen, sondern sie werden Gegenstand gesetzlicher Regelung, kurz: der ungläublich heftige Widerstand gegen eine in ihren Absichten und ihrer Bedeutung gänzlich mißverstandene Ent-

wickelung wird aufgegeben zu Gunsten einer Auffassung, welche das Streben der arbeitenden Klassen als berechtigt anerkennt. In Deutschland ist der Weg ein anderer gewesen. Die verhältnismäßig hohe Bildungsstufe des englischen Arbeiters, seine Besonnenheit im Kampfe, ja seine Neigung, thunlichst innerhalb der bestehenden Ordnung das Erreichbare zu erlangen, bilden Voraussetzungen, die in Deutschland fehlten. Hier hat eigentlich der Kampf sofort als politischer Kampf eingesetzt und vor allem auf Aenderung der Gesellschaftsverfassung, auf Einräumung politischer Rechte als Voraussetzung des Einflusses auf die Leitung des Staatswesens hingearbeitet. Die gewerkschaftliche Bewegung ist durchaus im Hintertreffen geblieben und kann in ihren Erfolgen mit der englischen Gewerkschaftsbewegung in keiner Weise verglichen werden. Dafür hat die Gesetzgebung Deutschlands, das von jeher weit mehr an eine fürsorgliche Thätigkeit gewöhnt war als England, viel schneller sich der Bewegung bemächtigt und in der Versicherungsgesetzgebung einen Anfang socialer Gesetzgebung in großem Stil gemacht.

Nun ist man hierbei auch leicht geneigt, zu übertreiben und die staatliche Thätigkeit auf der einen, die genossenschaftliche Arbeit auf der anderen Seite als etwas ganz Neues zu betrachten. Das ist natürlich nur mit Einschränkungen richtig. Schließlich ist die staatliche Thätigkeit von jeher darauf gerichtet gewesen, die Wohlfahrt des Ganzen zu fördern, mag man sich in den Mitteln hierzu vergriffen haben oder nicht; in dem Zeitalter des aufgeklärten Despotismus fehlte es an allseitiger staatlicher Bevormundung gewiß nicht. Ebenso ist eine Verbindung der in demselben Gewerbe arbeitenden Personen nichts Neues und findet ihr Vorbild in den Zünften, Loden, Gilden, Bruderschaften u. s. w., weil der Werth des Zusammenhaltens schließlich immer erkannt worden ist. Das Neue liegt vielmehr in der Zuspitzung der staatlichen wie der genossenschaftlichen Thätigkeit auf die Frage des Kapitalismus, des Schutzes der Arbeiter gegen seine üblen Folgen. Nicht um Wohlthätigkeitszwecke, Krankheitsunterstützung, Begräbnisgelder, Arbeitsnachweis u. s. w. handelt es sich bei diesen Bestrebungen, sondern um die Erreichung einer angemessenen Lebenshaltung für diejenigen, welche durch den Kapitalismus ein für allemal dazu genöthigt sind, Lohnarbeiter zu werden und, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, stets zu bleiben, d. h. von einem Kapital

besitzenden Arbeitgeber abhängig sind. Und diese Abhängigkeit zunächst des industriellen Arbeiters erträglicher zu machen, durch angemessene Löhne eine gewisse Lebenshaltung zu ermöglichen, unter die unter keinen Umständen herabgegangen werden darf, durch geeignete Maßregeln die Gesundheit der Arbeiter in gefährlichen Betrieben zu schützen u. s. w., das wird nun der Inhalt der socialen Bewegung im engeren Sinne.

In diesem engeren Sinne hat man zunächst auch nur von der „socialen Frage“ gesprochen. Aber wie es natürlich ist, daß bei Betrachtung der besonderen Mißstände, welche aus dem Leben des industriellen Arbeiters entspringen, sich auch die Mißstände in anderen Verhältnissen, so insbesondere auch die Lage der ländlichen Arbeiterbevölkerung der Betrachtung aufdrängten, so hat sich auch allmählich der Begriff der socialen Frage erweitert, und man darf heute darunter die Gesamtheit der Fragen verstehen, die das Wohl der arbeitenden Klassen im weitesten Sinne betreffen. Vielleicht ist es eine natürliche Gegenwirkung des brennenden Interesses, das der arbeitenden Bevölkerung zugewendet wird, daß eine in ihren Folgen noch nicht zu übersehende, aber keinesfalls erfreuliche Bewegung aller Interessengruppen mehr und mehr hervortritt, daß agrarische und industrielle, städtische und ländliche, staatliche und communale in Gegensatz gestellt werden, statt mit einander möglichst in Einklang gesetzt zu werden. Daß die Gesellschaft im übrigen allen erwerbenden Ständen das gleiche Interesse schuldig ist, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Doch kann man sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß die Hauptarbeit gegenwärtig auf die arbeitenden Klassen im engeren Sinne gerichtet ist, vielleicht aus einem Instinct, daß die übrigen sich wohl oder übel gedulden werden, weil sie zu den staatserkhaltenden gehören, vielleicht auch aus dem menschlich werthvolleren, daß hier in der That vieles gut zu machen ist und hier zunächst die Schuld von Jahrzehnten einzulösen ist. Denn, wenn wir in dem ersten Artikel glaubten, mit aller Schärfe anzusprechen zu sollen, daß von einem „berechtigten Kern in der Socialdemokratie“ nicht wohl die Rede sein könne, so muß um so mehr betont werden, daß in Ansehung der „socialen Frage“ die bedeutendsten Anforderungen zu stellen sind.

Es handelt sich hierbei nach unserer Auffassung nicht um ein Verlassen der Grundsätze freier wirtschaftlicher

Bewegung, die in ihrer natürlichen Bewegungsfähigkeit und Schwungkraft nie eine Staatsverwaltung über-
treffen wird, wohl aber darum, daß die freie Bewegung
nicht zur willkürlichsten Ausbeutung von lebenden Menschen
und Nationalkraft werde. In dieser Beziehung hat der
Mensch, der sich nicht selbst schützen kann, nach unserer
neueren socialen Anschauung einen entschiedenen Anspruch
auf Schutz durch die Gesellschaft. Man wende hiergegen
nicht ein, daß eine staatliche Bevormundung unerträglich
sei. Dieses ist auch nur ein inhaltsleeres Schlagwort.
Wenn man unter allgemeinem Beifall sich ein Civil- und
Strafrecht, einen Civil- und Strafproceß gefallen läßt,
wenn man Gesetze über Aufhebung der Leibeigenschaft
als Errungenschaften moderner Culturanschauung begrüßt,
wenn man Wald- und Wasserschutz zuläßt, der Ver-
fälschung von Nahrungsmitteln, der Vergiftung durch
krankes Thierfleisch sich gesetzlich entgegenstellt, so wird
man doch ein gleiches Maß von gesetzlichem Schutz gegen
die langsame Tötung durch gesundheitsgefährliche Woh-
nungen, durch gesundheitschädliche Arbeiten, durch
wucherische Ausbeutung des Arbeiter zulassen müssen.

Wir beabsichtigen in folgendem von einigen wesent-
lichen Aufgaben speciell der Hamburgischen Socialpolitik
zu sprechen, ohne den Umfang dieser Aufgaben damit er-
schöpfen zu können. Nur wollen wir uns ebenso sorg-
fältig, wie gegen den berechtigten Kern der Socialdemo-
cratie, gegen die Annahme verwahren, als wenn wir
glaubten, daß mit Maßregeln der zu besprechenden Art
die sociale Frage gelöst werden könne. Gerade weil wir
weder an volle Menschen, noch an volle Maßregeln
glauben, halten wir von der schrittweisen, aber planmäßigen
Ausführung von Verbesserungsmaßregeln sehr viel, würdigend,
welche Widerstände in den gegebenen Verhältnissen und
der Macht der Gewohnheit liegen. Aber freilich wird
jede, auch die Hamburger Staats- und Stadtverwaltung
von dem erfüllt sein müssen, was wir in neuerer Zeit
„socialer Geist“ zu nennen uns gewöhnt haben.

III.

Die Lohnfrage.

Es kann nicht die Absicht dieser flüchtigen Betrachtung sein, die Lohnfrage in ihrer grundlegenden Bedeutung hier zu erörtern, so wenig wie wir die Grund Lehren der socialdemokratischen Gesellschaftsauffassung und unsere Einwendungen gegen sie ausführlicher darzulegen vermochten. Wir rechnen mit den Einrichtungen der bestehenden Gesellschaftsordnung, innerhalb deren Rahmen wir die Gewährung eines zu angemessener Lebenshaltung ausreichenden Lohnes als die Vorbedingung der Besserung der Lage der arbeitenden Klassen erachten. Man braucht die aus dem Malthus'schen Bevölkerungsgesetz gezogenen Schlußfolgerungen sich nicht anzueignen und kein Anhänger des sogenannten ehernen Lohngesetzes zu sein, um doch anerkennen zu können, daß beide Gesetze auf ihren einfachsten Gehalt zurückgeführt die für die Lohnfrage und Lebenshaltung wichtigsten Erfahrungsthatfachen aussprechen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in der That das Anwachsen der in den engeren Grenzen eines Landes nicht verwendbaren Bevölkerung dazu führen muß, daß dieser Ueberschuß durch Mangel an genügender Nahrung, Wohnung u. s. w. mehr oder weniger schnell hinweggerafft wird und daß die Naturgesetze unerbittlich auf den Bevölkerungsstand zurückwirken. Insbesondere wird, soweit ein Ueberschuß vorhanden ist, dieser stets auf die Gestaltung der Löhne der übrigen Bevölkerung den Einfluß üben, daß Arbeiten, die nicht besondere Vorbildung erfordern, von den um das nackte Leben Kämpfenden zu jedem, der Fristung des nackten Lebens genügenden Lohnsatz angeboten werden. Und als dritte Erfahrungsthatfache, als diejenige, die vor allem den Glauben an den schönen Traum eines gleichmachenden Zukunftsstaates raubt, gesellt sich die, daß dieser Tendenz des Lohndruckes sich der Arbeitgeber nicht nur nicht versagt, sondern sie mit Begier aufnimmt, und daß selbst der einzelne etwa wohlwollende Arbeitgeber durch die Konkurrenz zu gleichem Vorgehen genöthigt wird; es giebt keine Art von Ausbentung der Nothlage, deren die Gesellschaft nicht von jeher fähig gewesen wäre und immer fähig sein wird.

Hiergegen giebt es im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nur zwei Mittel --: ein den Lohn- druck hintertreibendes Vorgehen der Staats- und Gemeinde- behörden in Bezug auf ihre Arbeitsbetriebe und die gewerk- schaftliche Coalition der Arbeiter. Haben hinsichtlich jener Staat und Gemeinde die Pflicht, das Vorbild von Arbeitgeberern zu sein, die den Arbeiter nicht aus- beuten, so sind in Bezug auf die Coalitionen der Arbeiter solche Bestrebungen zu unterstützen, die im Sinne der englischen Gewerkvereine um Feststellung und Festhaltung einer die angemessene Lebenshaltung sichernden Lohnhöhe sich bemühen. Gerade in dieser Beziehung steckt die herr- schende socialpolitische Auffassung noch in den Kinderschuhen. Schon das Wort „Coalition der Arbeiter“ erweckt vielfach die Vorstellung eines Arbeiteraufstands, womit Gewalt gegen den Arbeitgeber geübt werden soll und die die schlimmste schon jetzt wahrnehmbare Frucht der Social- demokratie sei. Nun hat gerade die Geschichte dieser Bestrebungen gelehrt, daß die maßvoll geleiteten Gewerk- schaften zu beiderseitiger Zufriedenheit große Erfolge er- zielt haben und gerade wegen ihrer maßvollen Haltung zu ausgesprochenen Gegnern der Socialdemokratie ge- worden sind. Der jüngste Gewerkschaftscongreß zu Norwich hat hiervon wieder schlagende Beweise geliefert. Je mehr diese friedliche Ausgleichung, die Brentano mit seiner Schule anstrebt, begünstigt wird, um so mehr ver- liert die Coalition die Schärfe, die ihr die Klassen- gegensätze anfänglich verleihen, und wird zur anerkannten Vertretung der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber.

Wir wissen ganz wohl, daß wir mit allen Gesezen über Schiedsgerichte, Einigungsämter, Arbeiterausschüsse u. s. w., ganz zu geschweigen von den meist nur Hilfs- zwecke vertretenden Genossenschaften, noch weit entfernt von solcher friedlichen Lösung sind, ja daß voransichtlich nicht nur in Deutschland in nächster Zeit die Social- demokratie so sehr die gewerkschaftliche Bewegung mit ihrem Gifte erfüllen wird, daß es sich immer viel mehr um Lohnkämpfe und Ausstände handeln wird als um friedliche Ausgleichung. Auch wissen wir sehr wohl, daß eine Verständigung da sehr schwer, wenn nicht aus- sichtslos ist, wo die geschäftlichen Verhältnisse, namentlich ausländische Konkurrenz, zwingend einwirken und den Unternehmer nur vor die Frage der Aufgabe des Unternehmens oder des Arbeitens mit Verlust stellen. Gleichwohl halten wir es für höchst wünschenswerth, die besitzenden Klassen mit der Erkenntniß der Nothwendigkeit

der Arbeitercoalition zu erfüllen. Die Bewegung ist zu jung, um die Kinderschuhe vertreten zu haben; der Periode ihrer Reife wird die unerschütterliche Ueberzeugung anzu gehören haben, daß der Arbeitslohn in gewissen Grenzen überhaupt nicht umstritten werden kann, daß der Kauf der menschlichen Arbeit nicht zu den unbedingt nach Lage des Marktes wandelbaren Produktionsfactoren gehört, die heute theuer und morgen billig bezahlt werden, sondern daß unter den Produktionskosten von vornherein Löhne erscheinen müssen, die den Empfängern eine ihrem Stande entsprechende Lebenshaltung ermöglichen.

Nun kann — und damit kommen wir auf die socialpolitischen Aufgaben des Gemeinwesens zurück — von diesem allerdings ein Vorbild gegeben werden, das nicht nur moralisch, sondern auch sachlich auf die übrigen Arbeitgeber zurückwirkt, indem das Gemeinwesen vor allem sich die Anschauung aneignet, daß ein Arbeiter überhaupt nur zu Löhnen beschäftigt werden darf und Arbeiten, die ihm geliefert werden, nur zu Löhnen ausgeführt werden sollen, die einer angemessenen Lebenshaltung der Empfänger entsprechen. Es fallen hierbei die Betriebe der Hochbauten, der Tiefbauten, die Verwaltungen von Gaswerken und Wasserwerken in Betracht, die eine bedeutende Anzahl von Arbeitern ständig oder vorübergehend beschäftigen; es kommen dann hinzu alle diejenigen Unternehmungen, die entweder der Genehmigung der Gemeinde zum Betrieb bedürfen oder Arbeiten für das Gemeinwesen auszuführen haben. Hier kann sehr wohl an die Vergebung oder die Genehmigung die Forderung angeknüpft werden, daß die ortsüblichen oder sonst festgestellten Löhne gezahlt werden, daß eine bestimmte Arbeitszeit innegehalten und daß gewisse im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeitenden nothwendige Schutzeinrichtungen getroffen werden und daß in Bezug auf die Befolgung der in dieser Richtung gegebenen Vorschriften eine schiedsrichterliche Instanz vorgesehen werde. Wir haben hier kürzlich das Beispiel einer solchen Forderung gehabt, als bei der Genehmigung der elektrischen Straßenbahn auch eine Bestimmung über die Maximalarbeitszeit der Angestellten vorgesehen wurde; aber gleichzeitig erhob sich die Klage über die mangelhafte Besoldung der Schaffner, die schlechter als die Führer der Wagen gestellt sind, weil ihnen in Trinkgeldern des Publikums eine besondere Einnahmequelle fließt.

Im Submissionswesen wird über mannigfache Uebelstände geklagt, insbesondere über Zuschlag an den Mindestfordernden, der oft nur ein geringes Gebot abgibt, weil er entweder nicht zu rechnen versteht oder weil er hofft, das Seinige in Sicherheit zu bringen und den Schaden die von ihm beschäftigten Arbeiter tragen zu lassen. Wir können hier nicht auf die so viel beklagten Uebelstände des Submissionswesens näher eingehen. Nur soviel sei angedeutet, daß sehr wohl dahin gestrebt werden kann, von vornherein, allerdings nicht nur auf Grund der Anschläge der Techniker, sondern unter Mitwirkung sachverständiger ehrenamtlicher Persönlichkeiten, den Kostenaufschlag so aufzustellen, daß er der Wahrheit möglichst nahe kommt und naturgemäß nicht viel unterboten werden kann, und daß Gebote, die offenbar weit hinter dem wahren Aufwand zurückbleiben, ausgeschlossen werden. Hier wird namentlich auch von vornherein auf die Arbeitslöhne mit ein entscheidendes Gewicht zu legen und die Möglichkeit des Gewinns an dem Kostenaufschlag durch Lohndruck anzuschließen sein. Es ist von Interesse, hervorzuheben, daß man bei der Vergebung von Arbeiten in Paris die Wahrnehmung machte, daß durch die Veröffentlichung amtlicher Preis-Serien, d. h. jährlich wiederholter Anschläge für bestimmte Arten von Arbeit — die Privatunternehmer sich beschwert fühlten, weil diese Preis-Serien thatsächlich die Bedeutung einer amtlichen Tare erhielten und die Konkurrenz zwingen, sich ihnen zu fügen. Bilden die Betriebe in Bezug auf Lohn, Schutzvorrichtungen, Versicherung u. s. w. ein Muster derartiger Veranstellungen und wirken sie dadurch auf die Privatkonkurrenz derartig zurück, daß sie hinter diesen Leistungen nicht zurückbleiben kann, so ist eine solche Wirkung aufs lebhafteste zu begrüßen.

Sicher liegt in dieser vorbildlichen Thätigkeit der Staats- und Gemeindebetriebe ein Factor von unermesslicher Wichtigkeit für die ganze Entwicklung der Lohnfrage, je mehr die Scheu vor Uebernahme solcher Betriebe, die dem allgemeinen Nutzen förderlich sind, schwindet. Wird gegen die Einrichtung von sogenannten Musterbetrieben eingewendet, daß Staat oder Stadt hier mit allgemeinen steuerlichen Mitteln wirtschaften und daher verpflichtet sei, so billig wie möglich zu wirtschaften, so zeugt dieser Einwand nur davon, daß die Mehrzahl der Staats- oder Gemeindeangehörigen noch unter der Anschauung der unbedingten individuellen Freiheit steht und noch nicht gewohnt ist, dem Gemeinwesen socialpolitische

Aufgaben zu stellen. Auch wenn die Musterbetriebe anscheinend theurer wären, so ließe sich keine Ausgabe aus allgemeinen Mitteln besser rechtfertigen wie diese, weil sie zur Absicht hat, die Lebenshaltung, die Gesundheit, die Sicherheit der Arbeiter und ihrer Angehörigen sicherzustellen und damit einen mehr oder minder großen Theil der Bevölkerung vor wirthschaftlicher Verkümmernng zu beschützen; diese Ausgabe würde daher schon in Ansehung dieses Theiles der Bevölkerung in vielfältigster Beziehung durchaus productiv sein. Aber ganz abgesehen hiervon glauben wir es eben als eine Pflicht des Gemeinwesens aussprechen zu müssen, daß es sich über die Stellungnahme des Privatunternehmers hinaus erhebe und die oben angedeutete Anschauung sich zu eigen mache, daß der in seinen Betrieben beschäftigte Arbeiter nicht unter eine gewisse Lebenshaltung sinken dürfe und daß die dementsprechenden Löhne einfach zu den nothwendigen und in gewissem Sinne nicht discutabeln Kosten der Production gehören. Auf den bedeutenden Einfluß, den das Gemeinwesen durch planmäßige Einrichtungen auf die Fluctuation der arbeitenden Klassen durch unbedingte Bevorzugung einheimischer Arbeitskräfte üben kann, kommen wir in der Besprechung des Arbeitsnachweises noch zurück.

IV.

Die Wohnungsfrage.

Wir haben in den früheren Artikeln keine Schilderung der Verhältnisse geben können, aus denen die sociale Bewegung entspringt, und müssen auch hier darauf verzichten, die Wirkungen der Wohnungsverhältnisse, das Wohnungselend hier eingehender darzustellen. Nur so viel sei bemerkt, daß in dieser Beziehung keine Schilderung zu schwarz malt und jede Vorstellung hinter den wirklichen Zuständen zurückubleiben pflegt. In der That sind in der Großstadt die mit der Wohnungsnoth verbundenen Uebelstände so bedeutend, die Schädigung der Gesundheit eines großen Bruchtheils der Bevölkerung, die Anreizung

zur Unsitlichkeit, die Verleitung zum Wirthshausbesuch durch die unfreundliche Beschaffenheit des Heims u. a. m. so erheblich, daß ein Zweifel über die Nothwendigkeit von Reformen in dieser Beziehung nirgends mehr obwaltet und von allen Fragen der Socialpolitik keine als brennender anerkannt wird als die Wohnungsfrage. In den letzten Jahren haben sich außer unzähligen kleineren Vereinigungen vor allem der Verein für Socialpolitik, der Verein für öffentliche Gesundheitspflege und der Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit mit der Wohnungsfrage eingehend beschäftigt; stand dort mehr die wirthschaftliche Seite der Sache im Vordergrund des Interesses, so war hier die gesundheitliche bezw. die armenpflegerische vorwiegend, obwohl in den Berichten und Verhandlungen jedes dieser Vereine auch die verwandten Seiten berührt wurden.

In Bezug auf die Thätigkeit der städtischen Gemeinwesen darf hierbei als ziemlich übereinstimmende Meinung festgestellt werden, daß eine directe Bauthätigkeit in Ansehung kleiner Wohnungen nicht im Rahmen ihrer Aufgaben liege, daß sie sich vielmehr auf Maßregeln zu beschränken hätte, die den Bau gesunder Wohnungen und die Schaffung ausreichender Wohnungsgelegenheit förderten. Und hierin wird in der That die Hauptaufgabe zu suchen sein, deren Inhalt gleichwohl noch ein außerordentlich bedeutender bleibt. Genauer betrachtet handelt es sich um drei Aufgaben, um Förderung des Baues gesunder Wohnungen, Beseitigung ungesunder und Ueberwachung der Benutzung in der Richtung, daß nicht aus gesunden ungesunde Wohnungen werden. Man sollte die Erfüllung der ersten Aufgabe für verhältnißmäßig leicht erachten, da zur Zeit genügend Erfahrungen vorliegen, um beurtheilen zu können, welche Anforderungen in Bezug auf Lage, Bauart, Versorgung mit Wasser, Abführung des Unraths und der Abfälle, und Rauminhalt der Zimmer zu stellen sind. Gleichwohl gehen, wie die Erörterungen im Schooße der Bürgerschaft unlängst gezeigt haben, die Meinungen hierüber weit auseinander. Ja, es sind nicht Wenige, die in dieser Beziehung überhaupt den Eingriff des Gemeinwesens thutlichst vermieden sehen und auch hier das Princip individueller Freiheit festhalten wollen, weil die Vorstellung sie beherrscht, daß Grund und Boden eine Waare sei, über die man nach Belieben verfügen könne, die dem freien Verkehr ebenso angehöre, wie jede andere Waare.

Nun liegt hierin schon ein wesentlicher Grundirrtum, weil die Waare Wohnung sich von anderen Waaren in

zwei sehr wesentlichen Punkten unterscheidet. Erstens ist sie nicht, wie andere Waaren, beliebig vermehrungsfähig, sondern sie ist nur soweit herstellbar, als Grund und Boden vorhanden ist; und zweitens ist ihr Ersatz nicht wie bei anderen Waaren möglich — wie etwa in dringenden Nothfällen die Kartoffel durch Mais, Getreide durch Reis ersetzt werden könnte —, weil das Wohnungsbedürfnis eben nur in der einen Form, in der eines geschlossenen Wohnraumes — befriedigt werden kann. Ein anderer Unterschied besteht zwischen den übrigen Lebensbedürfnissen und der Wohnung insofern noch, als das Nahrungsbedürfnis so zwingend ist, daß es in keiner Weise unterdrückt werden kann und jeder für seine Person dieses Bedürfnis ausreichend befriedigen muß, während die Wohnung, obwohl es vernünftige Grundsätze für das Maß des individuellen Bedürfnisses giebt, so ausgenutzt werden kann, daß auf den Einzelnen ein Antheil entfällt, mit dem sich in entsprechendem Verhältniß das Nahrungsbedürfnis keinesfalls für befriedigt erklären würde. Aus all' diesem folgt die Unanwendbarkeit des Vergleichs mit anderen Waaren, die der Nahrung oder Bekleidung dienen, und die Nothwendigkeit besonderer Maßregeln, welche der Besonderheit des Wohnungsbedürfnisses gerecht werden.

Was zunächst die Herstellung betrifft, so sind hierüber, wie gesagt, anerkannte Grundsätze vorhanden, deren Durchführung auf das bestimmteste gefordert werden muß; ohne auf Einzelheiten hier eingehen zu können, betonen wir nur die Nothwendigkeit von Licht und Luft, die Herstellung genügender Aborte, den Anschluß an die Wasserleitung, die Lage an einer offenen Straße u. s. w. Damit aber die Sicherheit gegeben werde, daß den gesetzlichen oder statistischen Anforderungen Genüge geleistet werde, ist eine im übrigen Deutschland, und nur in Hamburg noch nicht, anerkannte Voraussetzung die Genehmigung jedes Baues durch die zuständige Behörde, die nachgesucht werden muß unter Einreichung genauer Lage- und Baupläne und vor allem auch unter genauer Angabe der Zwecke, zu welchen die einzelnen Räume bestimmt sind. Es hängt dies mit der Ueberwachung der Benutzung aufs engste zusammen, die ebenfalls als ein unerlässliches Erfordernis zu bezeichnen ist. Die Erfahrung hat man nun doch zur Genüge gemacht, ja man hat sie sogar in Häusern, die von gemeinnützigen Genossenschaften errichtet und an kleine Leute verkauft wurden, gemacht, daß sehr bald die unglaublichste Ausnutzung

der vorhandenen Räume Platz greift, eine Speisekammer ohne Licht zum Schlafrum für mehrere Menschen, ein Bodenversschlag zur dauernden Wohnung, ein Lagerkeller zum Laden und Geschäftsraum wird. Je mehr das Bedürfnis nach kleinen Wohnungen steigt, um so mehr wird der vorhandene Raum ausgeschlachtet und von vorn herein bei dem Bauplan die Möglichkeit solcher Ausschachtung in Erwägung gezogen, ganz abgesehen von der Zwangslage der Einwohner, durch Abvermieten sich einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen, bezw. die Miete etwas zu ermäßigen. Es muß also mit der Baugenehmigung eine Ueberwachung der Bauausführung und nach der Vollendung eine Ueberwachung der Benutzung Hand in Hand gehen.

Selbstverständlich muß auch die Forderung gestellt werden, daß ein neu erbautes Haus nicht ohne ausdrückliche Bauabnahme und ausdrückliche Genehmigung in Benutzung genommen werden darf. Dieses Alles scheint nun dem Grundeigentümerinteresse eine unerträgliche Bevormundung, obwohl glücklicher Weise im übrigen die Bevormundung durch Staat und Gemeinwesen in den mannigfachen Beziehungen zugelassen und der Grundsatz als unbestritten zu erachten ist, daß jedes Eingreifen der Behörden da zulässig ist, wo es sich aus Gründen des Gemeinwohls rechtfertigt. So ist man dazu gekommen, den Handel mit Waaren der Beschränkung zu unterwerfen, daß verdorbene und gesundheitschädliche Nahrungsmittel nicht verkauft werden dürfen; man tötet Vieh oder versagt ihm den Eintritt in das Staatsgebiet, weil es als seuchenverdächtig gift oder krank gewesen ist. Nur in Bezug auf die Wohnung, deren gesunder Zustand mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger ist als etwa verschnittener Wein oder verwässerte Milch oder entfettete Butter u. dgl., soll kein behördlicher Eingriff statthaft sein, weil solche Maßregeln das im Grundeigenthum angelegte Kapital schädigen würden. Daß vor diesem Alagern der Grundeigentümer nicht Halt gemacht werden kann, wird keiner weiteren Ausführung bedürfen.

Es kommt aber in großstädtischen Verhältnissen noch Eins hinzu, was uns weniger empfindlich für diese Lage macht, daß ist die bewußte Ausbeutung des Grund und Bodens, der Bauwucher und die Bauspeculation, die vielleicht nirgends in so wilder Weise gehaust haben, wie in Hamburg und Berlin. Wenn etwa durch schärfere Maßregeln der Grundbesitz im Verhältniß zu dem Kaufpreise entwerthet wird, wer entschädigt denn diejenigen, die statt

sicherer einheimischer Staatspapiere mit Argentiniern, Griechen und Portugiesen sich beschwerten und darin ihre Ersparnisse verloren haben. Auf der anderen Seite verdient es doch einmal hervorgehoben zu werden, daß keiner der klagenden Grundeigenthümer ein Wort für die geradezu ungeheuren Gewinne übrig hat, die eben dem Grundbesitzer lediglich aus der Thatfache seines Besizes, nur durch das Anwachsen der Stadt, durch die Schaffung von Verkehrsmitteln, durch Anlage von Straßen u. dgl. ohne alles Zuthun von seiner Seite erwachsen sind. Es liegt in der That kein Grund vor, aus Rücksicht auf einen verhältnißmäßig kleinen Theil der Bevölkerung einen großen Theil und gerade den schutzlosesten, einer Zwangslage fortdauernd preiszugeben, die um so zerstörender wirkt, als ihre Wirkungen nach außen weder schnell, noch immer deutlich erkennbar sind.

Was nun die dritte Aufgabe, die Beseitigung vorhandener schlechter Wohnungen betrifft, so wird hier allerdings mit Vorsicht und mit Schonung berechtigter Interessen vorzugehen sein. Aber geschehen muß allerdings auch hier etwas. Es muß möglich gemacht werden können, Häuser, die, wie bei der Cholera deutlich genug erkannt worden, eine dauernde Infectionsgefahr bilden und die Bewohner auf die denkbar tiefste Stufe herabdrücken, nöthigenfalls im Wege des Zwanges durch Expropriation zu beseitigen. Man kann hierbei an einen umfassenden Plan denken, der ganze Stadttheile in seinen Bereich beziehen und zur allmählichen Ausführung entsprechend der fortschreitenden Bebauung der Vororte gebracht werden würde; oder man kann es sich auch so denken, daß ein kleiner Theil niedergelegt wird und nach dessen Neubebauung weiter vorgegangen wird. Freilich wird nicht der Staat selbst die Bebauung in die Hand nehmen können, sondern mittels eines besonderen gesetzlichen Verfahrens den Eigenthümer mit Fristsetzungen zum Neubau auffordern, event. ihn enteignen und bei öffentlichem Verkauf des Grundstückes dem Erwerber bestimmte Auflage in Ansehung der Bebauung und der künftigen Benutzung machen müssen. Auch kann sehr wohl daran gedacht werden, gemeinnützigen Bangesellschaften, die zu diesem Zwecke anzuregen und staatsseitig nach allen Richtungen zu fördern sein würden, mit einem gewissen Vorkaufsrecht auszustatten. Sowohl in dem einen wie in dem anderen Falle wird man nicht unter allen Umständen Anforderungen zu stellen haben, wie bei ganz neuen Bauten, sondern gewisse billige Einschränkungen zulassen dürfen.

Eine andere, von allen Seiten in ihrer Wichtigkeit anerkannte Verbesserung der Wohnungen besteht in der Schaffung von Gelegenheit zur Benutzung entfernter liegender Wohnungen. Hier kann das Gemeinwesen entweder unmittelbar als Betriebsunternehmer eintreten oder bei Concessionirungen der elektrischen, der Dampf- und Pferdeisenbahnen ausdrücklich bestimmte Richtungen und vor allem auch bestimmte Fahrpläne nebst entsprechenden billigen Fahrpreisen vorschreiben. Das Ideal des Ein- oder Zweifamilienhauses wird freilich in einer Stadt wie Hamburg kaum zu erreichen sein, ebenso wenig wie der Besitz eines eigenen Hauses, dessen Werth übrigens sehr überschätzt wird. Es ist gar nicht abzusehen, warum eine Familie sich nicht in einem größeren Miethshause wohl fühlen soll, sofern nur die Bedingungen gesunden Wohnens darin gegeben sind. Auf der andern Seite ist zu beachten, daß für den Zusammenhang der Familien es häufig von großer Wichtigkeit ist, daß die Familie in der Nähe der Arbeitsstätte des Hauptes wohnen kann und daß auch die Hausfrau vielfach sich in der Stadt durch Verrichtungen nützlich machen kann, zu denen ihr in den Vororten vielfach die Gelegenheit fehlt.

Wir können hier leider nur Andeutungen geben. Aber wir wiederholen, daß in der Wohnungsfrage ein starkes zielbewußtes Handeln, das sich weit ausschauend mit bestimmten Plänen auf viele Jahre erstrecken muß, unerläßlich ist. Wenn an dem Widerstande der bürgerlichen Vertretung, wie es in vielen Stadtverordnetenversammlungen und auch hier in der Bürgerschaft mit einer großen, vielfach überwiegenden Grundeigenthümersmehrheit der Fall ist, geplante Reformen scheitern, so sollte die Stadtverwaltung in nie ermüdender Weise immer wieder ihre Nothwendigkeit betonen und in deutlichster Form die Verantwortung für alle Folgen auf jene wälzen, die sich ihnen entgegenstellten.

V.

Städtische Betriebe.

Wir erwähnten schon bei der Wohnungsfrage und bei der Lohnfrage, daß die Gemeinde in mannigfacher Weise in die Gestaltung der socialen Verhältnisse ein-

20

greifen könne, indem sie für die ihr von Unternehmern zu liefernden Arbeiten bestimmte Grundsätze aufstelle. In noch höherem Maße gilt dies für die eigenen Betriebe. Was sich hierzu eignet, ist freilich umstritten. Doch darf man soviel wohl als einen zu ziemlich allgemeiner Geltung gelangten Leitsatz festhalten, daß das Gemeinwesen unter allen Umständen Betriebe übernehmen soll, die allgemeine Bedürfnisse befriedigen und zugleich ganz besonders hohe Anforderungen in Bezug auf hygienische Voraussetzungen stellen. Aus diesem Grunde gehört hierher in erster Linie die Wasserversorgung, die Entfernung von Abfall- und Fäkalstoffen, die Versorgung mit Licht und die Ueberwachung der Viehschlachtung. Daß ganz wenige Städte in der Mitte dieses Jahrhunderts sich zur Anlegung eigener Gasanstalten entschließen konnten und die große Mehrzahl sich darauf beschränkte, bei den Concessionirungen gewisse Bedingungen wegen Versorgung der Stadt mit Licht zu stellen, beweist, wie weit man vor einem Menschenalter noch von der jetzigen Auffassung entfernt war und auch in dieser Beziehung die in Amerika und zum Theil auch in England noch heute überwiegende Auffassung von der Nützlichkeit der Konkurrenz theilte. Man ließ sich daher sehr, sehr hohe Lichtpreise gefallen, bemerkte mit Verwunderung, welche vorzüglichsten Geschäfte die Gasgesellschaften machten, und zögerte keinen Augenblick, sobald der Ablauf der Concessionen dies ermöglichte, die Gasanstalten in eigenen Betrieb zu übernehmen. Selbstverständlich hat die Stadt aber als Inhaberin eines solchen Betriebes von anderen Grundsätzen auszugehen als die Privatgesellschaft. Ihr erstes Bestreben muß dahin gehen, das Licht in der möglichst besten Beschaffenheit zu liefern und Preise zu stellen, die dem gewerblichen Betriebe, insbesondere dem Kleinbetriebe, besondere Vortheile einräumen. Wie es scheint, hat die Bewegung zur Unterstützung der Kleingewerbetreibenden durch Motorbetriebe wieder etwas nachgelassen, nachdem der Versuch mit Druckluft (Popp'sches System) nicht erfolgreich gewesen ist. Gleichwohl bietet die Anregung zur Anlage und Beschaffung von Kleinmotoren eine sehr wesentliche Aufgabe des Gemeinwesens, das auf den Bezug motorischer Kräfte in den dafür zu zahlenden Preisen geradezu eine Prämie setzen sollte.

Zweifelhafter ist die Zweckmäßigkeit eigenen Betriebes für das Verkehrswesen, der in Deutschland, soviel uns bekannt, auch nur erst ganz vereinzelt vorkommt. Daß er gewinnreich ist, wird keinem Zweifel unterliegen dürfen;

doch ist es fraglich, ob eine amtliche Verwaltung diejenige Beweglichkeit und Schmiegsamkeit besitzt, die nothwendig ist, um sich dem vielfach wechselnden Bedürfniß anzupassen. In jedem Falle hat aber die Mitwirkung der Stadt soweit zu gehen, daß sie bei Concessionirungen in Ansehung der Fahrrichtungen, der Beförderungsmittel, der Verkehrszeiten und der Fahrpreise sehr energische Bedingungen stellt; ganz besonders ist in dieser Beziehung ein weitgehender Einfluß auf die Bebauung der Vororte thünlich, ein Moment, dessen Bedeutung in Hamburg nicht verkannt wird.

Was die Wasserversorgung betrifft, so hat hierin von jeher in Deutschland der Gemeindebetrieb vorgeherrschet; auch hat hier von jeher vor der allgemeinen Bedeutung der Versorgung mit gesundem Wasser die Rücksicht auf das Betriebsergebniß zurücktreten müssen. Daß man ihm aber eine gewisse Beachtung gerade im Hinblick auf die dauernd zulängliche Versorgung zu schenken hat, lehrt der Streit um die Wassermesser, die nicht um des Gewinnes willen, sondern um der vernünftigen Regulirung des Verbrauches und der angemessenen Heranziehung der Verbranchenden willen als unerläßliches Bedürfniß zu bezeichnen sind, wie man sich denn auch fast durchweg in anderen deutschen Städten, wo man mit freier Abgabe des Wassers begonnen hatte, nachträglich zur Einführung von Wassermessern entschlossen hat. Man würde auch hier, einem allgemeinen Gebührenprincip folgend, verschiedenartig abgestuften Sätzen den Vorzug geben müssen, um den nothwendigen Bedarf am geringsten, den nützlichen Bedarf angemessen, den überflüssigen so hoch wie möglich heranzuziehen.

Die Abfuhrfrage ist in Hamburg unzureichend gelöst. Daß freilich eine Großstadt nicht den an und für sich gesunderen Tonnenbetrieb einführen kann, leuchtet ein; man wird da eine Kanalisation, wie sie in Hamburg besteht, mit sehr starker Spülung, jedenfalls als das kleinere Uebel gutheißen, sich aber dauernd vor Augen halten müssen, daß damit nur ein halbes Werk gethan und die vollständige Abführung der Fäkalien und Abwässer anzustreben ist. Zwar wird nach neueren Untersuchungen die Gefahr der Verunreinigung des Flußwassers durch die Abgänge nicht mehr so hoch angeschlagen, da nachweislich die abgeführten Stoffe eine sehr starke Sinkkraft haben, sodaß nur wegen der Schöpfstelle die gehörige Vorsicht gebraucht werden muß. Anders aber liegt es mit der Ausdünstung, die durch die Kanäle in die Wohnungen

zurückgeleitet wird, und mit der Verwerthung der Abfallstoffe. Wir müssen einräumen, daß zur Zeit ein befriedigender Ausweg noch nicht gefunden ist, obwohl weder Wissenschaft noch Praxis es an ernstlichen Bemühungen haben fehlen lassen. Aber die Thatsache bleibt, daß ein auf viele Millionen zu schätzender Werth an erstklassigen Düngstoffen alljährlich nicht nur nutzlos vergeudet wird, sondern mit mehr oder minder großer Gefahr einfach fortgegossen wird, weil man diese Stoffe los sein will und muß. Das Urtheil über die Rieselfelder ist noch nicht abgeschlossen; neuerdings ist man über ihren Werth wieder ziemlich zweifelhaft geworden. Vielleicht ist ein gemischtes System möglich, mittels dessen ein Theil der Stoffe auf Rieselfelder geleitet wird, ein anderer mechanisch theils durch Fahrzeuge fortgeschafft, theils durch Kanäle weitergeleitet wird. Man weiß, wie grade auf diese Weise allerdings in kleineren Städten Hollands der Bodencultur die vorzüglichsten Dienste geleistet worden sind. Die Frage, für die wir eine Lösung zur Zeit auch nicht zu geben vermögen, wird aber unausgesetzt Gegenstand der sorgenden Aufmerksamkeit der städtischen Behörden zu bleiben haben. Wir möchten glauben, daß eine kommende Zeit es kann wird verstehen können, wie die Einrichtung des einfachen Abfließenlassens gebuldet werden konnte für Stoffe, die ungenutzt von ebenso hoher Schädlichkeit, wiegenutzt von unberechenbarem Werthe sind.

Mit der Wasserversorgung in engem Zusammenhange steht die Lebensmittelversorgung, die in Hamburg in merkwürdig primitiver Form durch Straßenhandel, und bei den bessergestellten und mittleren Klassen durch Angebot im Hause betrieben wird, mit verhältnißmäßig geringer Unterstützung durch offene Märkte für die schlechter gestellte Bevölkerung. Hier drängt sich doch immer wieder die Frage auf, ob nicht die Herstellung von Markthallen, für die nun Beispiele genug in Deutschland zu finden sind, als nicht mehr abzuweisendes Bedürfniß zu erachten ist. Man wird zunächst einwenden, daß dadurch eine große Zahl von Gewerbe- und Handeltreibenden in ihrer Existenz sich bedroht sehen würden, daß die Auffindung geeigneter Plätze sehr schwierig sei und daß es sich um den Bruch mit sehr alten Gewohnheiten handle. Der letzte Einwand ist ein nichtiger, weil er bei allen Neuerungen zu hören ist; der zweite ist erheblich, muß aber beseitigt werden können, während der erste allerdings nicht ohne ernstliche Berechtigung ist. Doch auch er kann auf die Dauer nicht durchschlagend sein,

wenn es sich um die überaus wichtige Frage der Versorgung der Bevölkerung mit guten und preiswerthen Lebensmitteln handelt. Darüber, daß in Hamburg die Lebensmittel sehr theuer sind, besteht keine Meinungsverschiedenheit, was um so mehr auffällt, als es ein bedeutendes landwirthschaftliches Hinterland besitzt und durch seine Schiffsverbindungen namentlich in Bezug auf Fischnahrung einen bedeutenden Vorsprung vor allen Binnenstädten hat. Der Werth von Markthallen besteht nun wesentlich darin, daß die Betriebskosten für den Verkäufer sich wesentlich vermindern, da er die Waaren an derselben Stelle belassen und von seinem Stand aus verkaufen kann, weil die Käufer ihn suchen, nicht er sie; ferner darin, daß die Waaren in viel geringerem Maße dem Verderben ausgesetzt sind als bei dem Einlagern in Keller und bei fortdauerndem Auf- und Abnehmen und Umliegen; auch ist durch den Aufenthalt in Räumen, die vor Wind und Wetter geschützt sind, die Gesundheit der Verkäufer nicht nur sehr viel mehr geschützt, es wird ihnen auch ein viel gleichmäßigerer Absatz durch ihr Verbleiben an demselben geschützten Orte gesichert. Endlich hat die Einrichtung von Markthallen, die ja nur eine moderne Art des Marktbetriebes sind, überhaupt die Vorzüge des Marktes, der naturgemäß die Konkurrenz beeinflusst und zu einer dem Bedarf und den Produktionskosten entsprechenden Preisbildung führt, das Angebot guter Waare vermehrt und hierdurch zum Angebot sowohl billigerer wie besserer Waare führt.

Unzweifelhaft würde jeder Versuch, Markthallen in Hamburg einzuführen, auf einmüthigen Widerstand aller beteiligten Händler- und Zwischenhändlerkreise stoßen, wie dies bei allen Unternehmungen der Fall ist, die einen gewohnten Betrieb verändern, vielleicht in seiner Eigenart vernichten sollen; auch Fabriken sind von Arbeitern zerstört worden, weil sie neue Maschinen einführten. Dies kann aber nicht hindern, anzuerkennen, daß die Beschaffung billiger und preiswerther Lebensmittel für die Gesamtheit der vorübergehenden Beeinträchtigung eines einzelnen Gewerbes vorzuziehen ist. Nebenbei bemerkt, hat der Straßen- und Karrenhandel in Hamburg eine fast an neapolitanische Zustände erinnernde beängstigende Ausdehnung gewonnen, da jedermann, der keine Arbeit hat oder keine zu finden vorgiebt, dies zwischen Arbeit und Müßiggang die Mitte haltende Straßenleben aufsucht und hier durch Mangel an Waarenkenntniß, durch schlechte Waaren u. dgl. dem reellen Handel sehr ernstliche und

unerfrenliche Konkurrenz macht. Wir brauchen nicht auszuführen, daß wir bei den Markthallen nicht an einen irgendwie gearteten eigenen Betrieb des Gemeinwesens, sondern lediglich an die regulirende Function denken, welche es durch Erbauung solcher Hallen, durch Festsetzung angemessener Standgebühren, durch Fürsorge für Zufuhrgelegenheiten und durch eine sehr sorgfältige Nahrungsmittelcontrolle zu üben vermag. Vielleicht vor keinem Punkte des socialistischen Programms scheuen wir mehr zurück als vor der Beföstigung aus einer großen allgemeinen Schüssel; gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wird eine Konkurrenz, der durch derartige Maßnahmen vernünftige Wege gewiesen sind, sich sehr heilsam erweisen. Erwähnt mögen in diesem Zusammenhange noch die Kühlvorrichtungen werden, die ein fester Bestandtheil von Schlacht- und Viehhöfen geworden sind und für Markthallen in Bezug auf die Conservirung der Lebensmittel eine besondere Bedeutung erlangen können. Gerade das schnelle Verderben der Lebensmittel und ihre Unverwerthbarkeit bei nicht hinreichendem Absatz hat den doppelten Nachtheil, die Preise für den brauchbaren Theil zu steigern und vielfach zur Absehung halb verdorbener Sachen zu führen, für die es weder an Käufern noch leider an Verkäufern fehlt.

Vielleicht ist hier auch eine allgemeine Bemerkung über die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zulässig, die gerade bei der Lebensmittelversorgung sich immer wieder aufdrängt; es handelt sich um die zum Theil durch die wechselnden Lohnverhältnisse, zum Theil aber auch nur durch üble Gewohnheit eingebürgerte Creditgewährung. Zudem nämlich der Verkäufer von vornherein mit vielen zu rechnen hat, die entweder gar nicht oder nach langer Zeit erst zahlen, schlägt er naturgemäß im voraus den Verlust auf die Waare auf, gleichgültig, ob er sie sofort oder erst später bezahlt bekommt, was nicht nur in Hamburg, aber hier in ganz besonderem Maße zur Vertheuerung der Lebensmittel führt. Man darf als sicher aussprechen, daß kein Getreidezoll auch nur annähernd die preiserhöhende Wirkung hat wie diese Geschäftsgebarung, die mit indirecten Steuern die innere Verwandtschaft hat, daß der Aufschlag auf das einzelne, im Kleinverkauf abgegebene Stück so gering ist, daß der Käufer ihn nicht recht bemerkt, während eine einfache Rechnung ergibt, daß zehn Pfennige täglich auf die verschiedenen Lebensmittel auf-

geschlagen für ein Jahr bereits 36 M. ergeben. Dies ist u. a. einer der erheblichsten Gründe, weshalb von Staats- und Gemeindegewesen wirkliche Consumvereine, wenn sie auf den Kreis der Mitglieder beschränkt bleiben, nicht nur nicht gehindert, sondern auf alle Weise gefördert werden sollten, weil sie Baarzahlung voraussetzen und deshalb keine Verluste im voraus zu discountiren haben, wodurch dann wieder für den den Consumvereinen angehörigen Theil der Bevölkerung neben Versorgung mit guten und preiswerthen Waaren nebenbei eine gute Gewöhnung zu wirthschaftlicher Lebensführung geschaffen würde.

VI.

Bodenpolitik.

Nicht nur vielleicht, sondern ganz unzweifelhaft die schwierigste Aufgabe jeder Gemeindeverwaltung bildet die Behandlung der Bodenfrage. Zunächst sind es zwei Punkte, die nur dieser Frage eigenthümlich sind, der Monopolcharakter, den der im Privateigenthum stehende Grundbesitz hat, und die Beständigkeit der durch die Unbeweglichkeit gegebenen Verhältnisse. Der Grund und Boden kann nicht vermehrt werden; die Art seiner Ausnutzung ist, abgesehen von einigen öffentlich-rechtlichen Beschränkungen, dem Privatbelieben überlassen; es steht nicht nur theoretisch, sondern, wie das Beispiel Londons zeigt, auch praktisch nichts im Wege, daß auch der städtische Grund und Boden einzelnen Großgrundbesitzern gehört, die somit eine ungeheure Macht auf die Gestaltung des Wohnungsbedarfes ausüben können. Dieses Bedürfnis ist aber, wie wir schon bei der Wohnungsfrage angedeutet haben, nicht in beliebiger Form zu befriedigen, sondern kann nur in einem verhältnißmäßig eng umschränkten Gebiet befriedigt werden, sodaß im Gegensatz zu der vermehrten Production von Nahrungsmitteln hier eine absolute Grenze der Leistungsfähigkeit gegeben ist.

Auf der anderen Seite bringt die Unbeweglichkeit des Besitzes eine gewisse Beständigkeit in den Verhältnissen mit sich, die selbst bei wechselndem Eigenthümer durch

die Lage, durch die Verkehrsmittel und durch die bei vorherrschendem Kapitalismus naturgemäße Neigung zu hypothekarischer Anlage von Kapitalien bestimmt wird. Während in allen anderen menschlichen Beziehungen und in allen Fragen der Production von heute auf morgen einer veränderten Welt- und Rechtsanschauung Rechnung getragen, statt Gebundenheit an die Scholle Freizügigkeit gewährt, der Freihandel durch eine Schutzzollpolitik ersetzt, statt directer Steuern indirecte eingeführt werden können, ohne daß es mehr bedarf als einer hierauf bezüglichen gesetzlichen Kundgebung, ist durch einen solchen Rechtsakt ein einmal erbautes Haus nicht zu beseitigen, eine einmal angelegte Straße nicht zu verändern, es sei denn, daß man, wie es aus bestimmtem Anlaß bei dem Zolanschuß geschehen konnte, überhaupt Häuser niederreißen und Straßen beseitigen will, ein Fall, der gerade wegen seines Ausnahmeharakters gewiß nicht zum Vergleich herangezogen werden kann. Das Gemeinwesen steht also in Bezug auf den Grundbesitz im großen und ganzen vor gegebenen Verhältnissen, die es nicht ohne vollständige und radicale Maßregeln beseitigen oder verändern kann. Ja, jeder Tag schafft eine neue Unbeweglichkeit solcher Art durch jedes Haus, das neu aufgeführt, durch jede Straße, die neu angelegt wird.

Trotzdem ist es nicht mehr bestritten, daß gewisse Zustände, so befestigt sie auch zunächst erscheinen mögen, auf die Dauer nicht geduldet werden können, daß unseren modernen hygienischen Anschauungen gewisse Straßenbreiten, gewisse Häusereinrichtungen schlechterdings nicht mehr entsprechen, daß diese beseitigt werden müssen und daß der Wiederkehr ähnlicher Festlegung in gesundheitsschädlicher Weise vorgebeugt werden muß. Es ergiebt sich daraus von selbst eine Gliederung der Bodenpolitik in Maßregeln, die der Besserung der bestehenden Zustände, und in solche, die der Verhütung ähnlicher Zustände dienen sollen. Jene ersten haben wir in der Besprechung der Wohnungsfrage anzudeuten versucht: sie bestehen in der Forderung angemessener Veränderung bei Um- und Neubauten, in der Ueberwachung der Benutzung der Räume und in planmäßiger Umgestaltung gesundheitswidrig gebauter Stadttheile, soweit dies angängig ist. Von den der Vorbeugung dienenden Maßregeln sind die einfachsten diejenigen, die jede neuere Bauordnung enthält, indem sie bestimmte Straßenbreiten vorschreibt, für die Höhe der Gebäude, den Zugang von Licht, die Abwässerung zc. bestimmte Forderungen stellt. Aber gerade

hierbei handelt es sich um die neuerdings sehr lebhaft erörterte Frage, ob man sich in dieser Beziehung mit einem gewissen allgemeinen Schema begnügen oder durch eine Mehrheit von Maßregeln nicht nur in die Bauweise, sondern auch in die Baulust fördernd oder auch hindernd eingreifen solle. Daß Eingriffe solcher Art zulässig sind, wird heute ebenfalls als unbestritten gelten können. Es besteht zwar in Bezug auf das städtische Grundeigenthum eine eigenthümliche, von Kapitalismus und Grundeigenthümerinteresse genährte Nervosität, die nur dadurch erklärt werden kann, daß in Städten und namentlich in Großstädten überhaupt die Empfindung für kapitalistische Werthe sehr viel stärker ist und die Eigenschaft jedes Gegenstandes als Handelsobjectes viel mehr in der hauptsächlich von Handel und Gewerbe lebenden Bevölkerung anerkannt wird. Und doch ist gerade Grund und Boden zu nichts weniger geeignet als Gegenstand einer rastlosen, die Gesetze von Handel und Verkehr anwendenden Speculation zu sein, die eine völlige Unsicherheit in die Wohnungsverhältnisse bringt.

Es ist nicht überraschend, daß gerade aus dieser Erkenntniß heraus selbst von Anhängern unbedingten Freihandels und entschiedensten Gegnern des Socialismus eine sehr weitgehende Beschränkung der Verfügung über Grund und Boden gefordert wird. Freilich ist die Verstaatlichung von Grund und Boden eine Utopie. Können wir uns zur Noth den Uebergang des Eigenthums an Grund und Boden auf die Gemeinde allenfalls vorstellen, da dieser zunächst nur ein formeller Rechtsakt sein würde, so scheitert unser Vorstellungsvermögen doch schon, wenn wir die Zutheilung des Grund und Bodens und der darauf gebauten Häuser an die einzelnen Gemeindeglieder ins Auge fassen. Hierbei brauchen wir uns an dieser Stelle nicht aufzuhalten. Dagegen sind starke beschränkende Eingriffe der Gesetzgebung und energische active Betheiligung der Gemeinde in Bezug auf Bebauung und Ankauf von Grund und Boden sehr wohl denkbar. Man darf füglich an die Maßregeln erinnern, die im Landesculturinteresse ländlichen Besitzungen gegenüber getroffen worden sind. Wenn Flurbereinigungen und Verkopplungen zur Herstellung wirthschaftlich brauchbarer Flächen und Erschließung von unzugänglichen Landstücken im Zwangswege mit außerordentlichem Erfolge durchgeführt wurden, um die Landescultur zu heben und die Ertragsfähigkeit des Bodens auf der einen Seite, den Wohlstand der Besitzer auf der

anderen Seite zu fördern, so ist nicht abzusehen, warum entsprechende, den städtischen Verhältnissen angepasste Maßregeln nicht zulässig sein sollten. Hier handelt es sich allerdings nicht um Steigerung der Ertragsfähigkeit in erster Linie, sondern um Verhinderung einer Ausnutzung des Bodenmonopols, die den größten Theil der Bevölkerung den Monopolinhabern auf Gnade und Ungnade preisgibt und die zu einem Gewinn für Wenige auf Kosten aller Uebrigen führt, obwohl der Gewinn nicht durch die persönliche Arbeitsleistung des Inhabers, sondern eben durch die Arbeit der Gesamtheit erzielt wird.

Als Maßregeln dieser Art fallen hier in Betracht die Stadterweiterungen und die Umlegungen. Muß man sich in Ansehung der bebauten Stadttheile mit den gegebenen Verhältnissen abfinden, so bestehen so gebundene Verhältnisse noch nicht für die nicht oder nur ganz zerstreut bebauten Stadttheile. Für diese muß von vornherein durch Aufstellung von Bebauungsplänen — wie dies übrigens zum Theil in Hamburg vorgeesehen ist — der Möglichkeit schädlicher Ausnutzung vorgebeugt und der Steigerung der Bodenwerthe entgegengetreten werden. Bekanntlich ist neuerdings im preussischen Landtage durch Adickes ein vielbesprochener Entwurf betreffend Stadterweiterungen und Zoneneinteilung vorgelegt worden; auch hat sich der Verein für öffentliche Gesundheitspflege in gleichem Sinne mit der Frage beschäftigt. Es handelt sich hierbei vor allem darum, eine nach verschiedenen Stadttheilen, die in sich geschlossen sind, oder nach Zonen, die gürtelartig die Stadt umgeben, verschiedenartige Bebauungsart vorzuschreiben. Ist in der Stadt selbst der verfügbare Grund und Boden durch Geschäftshäuser in Anspruch genommen, so kann mit zunehmender Entfernung von dem Stadtkern eine weiträumige Bebauung stattfinden unter Ausschluß von großen Wohnhäusern (Miethskasernen), sowie unter Ausschluß von Fabriken oder unter ausdrücklicher Beschränkung auf kleinere Häuser mit zwei bis vier Wohnungen, eventuell auch mit Belassung von Vorgärten. Gleicherweise ist dann die Straßenbreite verschieden, wobei jedoch öffentliche Plätze, Parks und Spielplätze vorgeesehen werden können. Unter der Umlegung ist die Schaffung zweckmäßigen Bungaländes durch Zusammenlegung von Grundstücken zu verstehen, die für sich allein zur Bebauung nicht geeignet sind, und über die, weil sie sich in verschiedenen Händen befinden, eine freiwillige Verständigung nicht herbeigeführt werden kann. Dies gilt namentlich

dann, wenn Grundstücke in die Baufläche vorspringen, ohne die genügende Tiefe zu besitzen oder etwa mit Winkeln und Ecken in das benachbarte Grundstück hineinragen, das hierdurch bebauungsunfähig wird u. s. w.

Man würde in der That in der angedeuteten Richtung eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Zustandes zu erblicken haben, obwohl auch Adickes selbst nicht verkennet, daß hierdurch allein der Monopolisirung des Grund und Bodens auch außerhalb des bebauten Geländes nicht vorgebeugt werden kann. In dieser Beziehung ist als ergänzendes Mittel eine Besteuerung des beim Umsatz städtischen Grundeigenthums erzielten Gewinnes vorge schlagen worden, deren Umfang freilich nicht ganz leicht zu bemessen ist. In dem Vorschlage selbst steckt aber ein durchaus gesunder Kern, indem dadurch der Gemeinschaft eine Abgabe von dem Werthe wieder zugeführt wird, der lediglich durch die Gemeinschaft seine Erhöhung erfahren hat. Denn diese Gewinne sind in der That durchaus unabhängig von der Thätigkeit der Erwerber, sondern hängen ab von der wachsenden Ausdehnung der Stadt, von der Schaffung neuer Verkehrsmittel, von der Anschließung neuer Straßen u. s. w. Adickes denkt an die Verwendung dieser besonderen Steuern zur Fundirung einer Stadterweiterungskasse, woraus auch die Kaufpreise der zu Bauländereien von der Gemeinde in Aussicht genommenen Ackergrundstücke bezahlt werden.

Wir kommen damit auf den letzten Punkt, der in diesem Zusammenhange noch zu erwähnen ist, die eigentliche Konkurrenz der Gemeinde als Erwerberin und Bebauerin von Grund und Boden, eine Thätigkeit, die bisher freilich von Stadtvertretungen ziemlich allgemein als unmittelbarer Uebergang zum Socialismus betrachtet wird. Sie ist es aber nicht. Abgesehen davon, daß jede Stadt einen erheblichen Grundbesitz, oft ganz zufällig aus früherer Zeit, wo das Bauland noch weit von der eigentlichen Stadt entfernt war, inne hat, kann sie sehr wohl im Interesse der Gemeindefasse so gut wie der Privatmann Grundbesitz erwerben, um ihn bei gegebener Zeit wieder mit Gewinn zu veräußern. Nur daß dieser Gewinn von der äußerst werthvollen und den Gewinn allein rechtfertigenden Beigabe begleitet ist, daß sie bei der Veräußerung die Art der Bebauung vorschreiben, von vornherein geeignete Baufluchten und neue Verkehrswege schaffen kann. Es ist erwähnenswerth, daß ganz neuerdings — 1. November

1895 — der Große Rath des Cantons Basel-Stadt 404 446 qm Land für einen Kaufpreis von 1 718 895 Francs für die Stadt erworben hat. In dem uns vorliegenden Bericht heißt es hierüber:

„Infolge der geplanten Verlegung der Elsäßer Bahnlinie schied sich die Terrainspeculation an ihre Hand auf das erforderliche Terrain zu legen. Wäre dies gelungen, so wären nicht nur der Verlegung der Bahnlinie, sondern auch der Ausgestaltung des Straßennetzes Schwierigkeiten erwachsen. Das Baudepartement und das Finanzdepartement thaten sich daher zusammen, um das gesamte in Betracht kommende Terrain, welches sich noch in der Hand des ursprünglichen Eigentümers befand, möglichst schnell für die Stadt zu erwerben, bevor noch Abverkäufe an Speculanten stattgefunden hätten. Von dem Areal entfällt etwa $\frac{1}{3}$ auf zukünftiges Straßengebiet. Durch den Besitz der Gesamtfläche wird die Stadt in den Stand gesetzt, die successive Ueberbauung des Landes nach Maßgabe des Wohnungsbedürfnisses zu regeln. Der Landbesitz soll in gesonderter Rechnungsführung nach den Grundsätzen einer geschäftlichen Unternehmung verwaltet werden.“

Dieser Fall ist durchaus typisch für die hier gemeinten Maßregeln und von einer als sehr vorsichtig und conservativ bekannten Regierung ausgeführt.

Inwieweit die Gemeinde durch Ban von Wohnungen und durch Unterstützung gemeinnütziger Baugesellschaften eine Konkurrenz üben kann, die eine willkürliche Preissteigerung der übrigen Wohnungen verhüten würde, haben wir bei Besprechung der Wohnungsfrage angedeutet.

Daß allen Bestrebungen auf diesem Gebiete das Grundeigentümerinteresse, wie es in der sogenannten Interessenvertretung verstanden wird, entgegensteht, ist eine bekannte Thatsache; gerade für Hamburg erscheinen Maßregeln solcher Art daher zunächst wenig ansichtsvoll. Auf ihre Bedeutung kurz hingewiesen zu haben, halten wir gleichwohl für nützlich. Man möge sich nur den eingangs erwähnten Umstand stets gegenwärtig halten, daß man es in dieser Frage mit Verhältnissen zu thun hat, die, einmal begründet, sich sehr schwer, häufig gar nicht mehr ändern lassen, und daß nur eine zielbewußte, im Interesse der Gesamtheit den Einzelnen beschränkende Bodenpolitik die schweren Schäden mildern oder ihnen vorbeugen kann, die eine zügellose Speculation mit einem der werthvollsten Güter angerichtet hat und, wenn nicht gehindert, fernerhin anrichten wird.

VII.

Selbsthilfe.

Es kann leicht den Anschein erwecken, als wenn die Forderung ausgedehnter städtischer Socialpolitik sich der Forderung einer Erziehung der Einzelthätigkeit durch Staats- oder Gemeindegthätigkeit annäherte. Und doch möchten wir nichts nachdrücklicher betonen, als daß wir gerade aus dem Grunde am meisten dem Zukunftsstaat der Socialdemokratie abhold sind, weil sie überall den Schwerpunkt in das Handeln der Gemeinschaft legen will. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß niemand besser sein Interesse wahrzunehmen weiß als derjenige, den es unmittelbar angeht, und daß in der Forderung der persönlichen Verantwortlichkeit das sogenannte Manchesterthum seinen besten Zuhalt hat. Nur soweit das Gemeinwesen Hindernisse beseitigen, unzulängliche Wege ebnen und der unbedingten Geltendmachung wirthschaftlicher bezw. kapitalistischer Ueberlegenheit Grenzen ziehen kann, sehen wir hierin eine Thätigkeit, die wesentlich darauf abzielt, dem Einzelnen den vernünftigen Gebrauch der Freiheit nicht nur zu ermöglichen, sondern ihn auch dazu anzu-spornen. Die Mittel, deren es hierzu bedarf, können in einem so kurzen Ueberblick, wie er hier nur gestattet ist, nicht im einzelnen aufgeführt werden. Nur die Tendenz sei angedeutet, deren natürliche Richtung sich fast von selbst aus der allgemeinen menschlichen Bestimmung, sich durch eigene Arbeit sein Brot zu erwerben und eine Familie zu gründen, ergibt. In erster Linie steht daher Schule und Haus, wo es gilt, die heranwachsende Jugend zu erziehen und mit nützlichen Kenntnissen zu versehen; dann folgt die Bethätigung im Erwerbsleben, die für die handarbeitenden Klassen des Arbeiterstandes, für die Gewerbetreibenden des Credits und freier Bewegung bedarf; daran schließt sich die Zeit der Ruhe, des Alters, wofür Vorsorge zu treffen ist.

Was Schule und Haus betrifft, so ist es eine merkwürdige Thatsache, daß durchgehends die philanthropischen Bestrebungen vom Ausgang des vorigen Jahrhunderts ihren Anfang bei Uebung der Wohlthätigkeit nahmen und damit begannen, zur Verhütung der Armuth Schulen zu gründen, die sich bis in dieses Jahrhundert

hin, in Hamburg verhältnißmäßig länger als anderswo, so lange erhalten haben, bis die allgemeine Erkenntniß der Nothwendigkeit mindestens der elementaren Schulbildung dazu führte, die Einrichtung allgemeiner Elementarschulen zu einer Aufgabe des Gemeinwesens zu machen. Die, welche Verehrer der alten, guten Zeit, und die, welche die Unzulänglichkeit des Erreichten zu bespötteln geneigt sind, mögen sich den gewaltigen Aufschwung vor Augen halten, den in dieser Beziehung die letzten fünf- und zwanzig Jahre, wiederum in Hamburg noch mehr als im übrigen Deutschland, gebracht haben. Hier ist in der That ein ungeheures Stück moderner Culturarbeit geschehen, das fortzuführen ist, das sich aber im wesentlichen noch für lange Zeit sich in vorgezeichneten Bahnen wird bewegen können, ohne daß man wesentliche Wünsche der Umgestaltung daran zu knüpfen haben würde.

Was die höheren Schulen betrifft, so können wir die von socialdemokratischer Seite geforderte Unentgeltlichkeit aller höheren Schulen und Universitäten nicht für zweckmäßig erachten. Dagegen darf wohl eine Begünstigung dieses Wunsches so weit in Betracht gezogen werden, als das Gemeinwesen in höherem Maße und ohne die Zufälligkeit vorhandener Stipendien abzuwarten, eine begrenzte Zahl von Schülern der Elementarschulen, die durch Fähigkeit und Fleiß sich auszeichnen, unentgeltlich in die höheren Schulen aufnehmen und sie mit den Mitteln zu weiterem Lernen und zum Lebensunterhalt während dieser Zeit ausstatten sollte. Im übrigen wird der Schwerpunkt der Fortbildung in die nur zum kleinen Theile dem Bedürfniß genügende Thätigkeit der Fortbildungsschulen zu legen sein. Vielleicht liegt die schlimmste Gefahr unserer ganzen Arbeiterbewegung darin, daß junge Leute noch vor erreichter Mündigkeit einen Lohn verdienen, der mehr ihren Körper als ihren Geisteskräften entspricht, daß sie in der Zeit sorgloser Jugend sich an Ausgaben und Aufwendungen gewöhnen, die sie in diesem Maße nach Gründung einer Familie durchaus nicht fortsetzen können und deren Fortsetzung sogleich zur ernstlichsten Gefährdung der jungen Hauswirthschaft führt. Sie in diesem Alter zweckmäßig zu beschäftigen, sie je nach ihrem Beruf fortzubilden, ihnen Gelegenheit zu geben, auf Spielplätzen, in Jugendheimen, Lehrlingsvereinigungen u. s. w. sich zu sammeln und dem jugendlichen Bedürfniß der Abwechslung und Erheiterung eine auf das Angenehme und Nützliche gewandte Richtung zu geben, muß hier die Aufgabe sein.

Soweit die Berufe der gelernten Arbeiter, der Handwerker, der Gewerbetreibenden in Betracht kommen, wird man dazu gelangen müssen, das farge Almosen der Sonntagschule zu verwerfen, und dahin streben müssen, einen Theil der Wochentagsstunden für die Fortbildung zu verwenden. Hier kann gerade neben der Reichsgesetzgebung, die einen Theil der Materie ausschließend regelt, die Thätigkeit des Gemeinwesens von besonderer Bedeutung werden, indem sie nicht nur die Theilnahme an Fortbildungsschulen obligatorisch macht, sondern auch schlechterdings die Meister und Lehrherren zwingt, den jungen Leuten die nöthige freie Zeit zu gewähren und sie zum Besuch der Schule anzuhalten. Nur wenn die Forderung so allgemein durchgeführt ist, daß ein Ausweichen für niemand möglich ist, kann ein Mißbrauch der unter gleichen Bedingungen arbeitenden Konkurrenz vermieden werden. Es würde dadurch erreicht, daß die den Unterricht besuchenden jungen Leute wirklich Vortheil davon haben und nicht abgespannt von den Tagesgeschäften widerwillig zur Beschäftigung gezwungen werden müssen. In einer gewissen Verwandtschaft hiermit stehen Maßregeln, die zur Zeit noch fast überall vermißt werden, die sich gegen die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern im Erwerbsleben zu richten haben; neuerdings angestellte Ermittlungen haben ergeben, daß eine nicht geringe Zahl von Kindern in solcher Weise durch Mithülfe im Erwerbsgeschäft der Eltern oder durch anderweit bezahlte Thätigkeit, wie Zeitung- und Brotaustragen, Aufsetzen von Regeln und dergleichen in Anspruch genommen sind, daß sie völlig ermattet zur Schule kommen und abgesehen von der schweren körperlichen Schädigung auch den Ansprüchen der Schule nicht zu genügen im Stande sind. Diesem Punkte ist von der Schulleitung und den einzelnen Schulen die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Beschäftigung nur in beschränktem, genau abgegrenztem Umfange zu gestatten.

Mit besonderem Eifer hat man sich zur Zeit auch der Frage der hauswirthschaftlichen Unterweisung von Mädchen zugewendet. Man erkennt, daß die Frauen der arbeitenden Klassen, die einen Haushalt nicht zu führen verstehen, den Grund zu liederlicher und unwirthschaftlicher Führung des Hausstandes legen, und dadurch sowohl auf ihre Kinder den übelsten Einfluß üben, als auch vielfach den Männern den Aufenthalt im Hause verleiden und sie in die Wirthshäuser treiben. Die Bewegung,

Mädchen im schulpflichtigen oder im nichtschulpflichtigen Alter in der Hauswirtschaft zu unterweisen, ist noch zu jung, um als abgeschlossen gelten zu können. Namentlich wird von Seiten der Schulleiter der Forderung, den hauswirtschaftlichen Unterricht obligatorisch zu machen, vielfältig Widerstand entgegengesetzt, weil darunter die anderen Aufgaben des Schulunterrichts zu leiden haben würden. Unseres Dafürhaltens wird man doch auf die Dauer nicht weiter kommen, als wenn man die hauswirtschaftliche Unterweisung obligatorisch macht. Der Gegenstand ist von so großer Tragweite, daß man ihn nicht völlig der freien Neigung der Einzelnen, die gerade in diesem Alter sowohl bei Eltern wie bei den Kindern erfahrungsmäßig sehr gering ist, überlassen kann. Freilich wird man sich vorläufig begnügen müssen, jede private Bestrebung dieser Art zu unterstützen und dem Fortgang der Bewegung besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, bis, wie wir hoffen, auch diese meist aus Wohlthätigkeitsbestrebungen hervorgegangene Forderung der Selbsthülfe so gut als Aufgaben des allgemeinen Unterrichts erkannt werden wird, wie derjenige Unterricht, der heute als Elementarunterricht bezeichnet wird. Wir haben hier freilich mehr als lediglich den Unterricht im Nähen, Stricken und Kochen im Auge: wir denken auch an Belehrung über Zusammensetzung und Werth der Nahrungsmittel, über die einfachste Form der Haushaltsbuchführung und über die einfachsten Grundsätze ökonomischer Wirtschaftsführung.

Wenn der treffliche Micawber in „David Copperfield“ den für einen glücklichen Menschen erklärt, der 20 Schilling habe und nur 19 ausgeben, und den für einen unglücklichen, der 20 habe und 21 ausgeben, so liegt hierin eine Wahrheit in einfachster Form, die, so einleuchtend und selbstverständlich sie jedem erscheinen müßte, doch nicht genug durch Lehren und Beispiele eingeschärft werden kann. Gerade die Unkenntniß der Voraussetzungen für richtige Wirtschaftsführung ist der Anlaß, daß so Viele 21 M ausgeben, während sie nur 20 haben.

Was für die Mädchen, die Hausfrauen werden sollen, die Kenntniß der Hauswirtschaft bedeutet, bedeutet für die jungen Männer, die Familienväter werden sollen, die Kenntniß der einfacheren nationalökonomischen Grundsätze, deren Lehre in den Fortbildungsschulen jedenfalls zu fordern ist. Abgesehen von den positiven Leistungen der neueren Socialgesetzgebung sehen wir in ihr einen wichtigen Erziehungsfactor, insofern sie gewisse elementare

Grundsätze der Lohnfrage zur praktischen Geltung bringt. Es wird durch sie zum Bewußtsein gebracht, daß der Arbeitslohn neben dem zur gegenwärtigen Lebensführung Erforderlichen enthalten muß die Sorge für künftige Wechselfälle des Lebens, seien sie wie Krankheit und Unfall unvorhergesehen, oder wie das Alter vorhergesehen; es muß aber noch hinzukommen — und in dieser Richtung liegt die Hauptaufgabe künftiger Weiterentwicklung der Socialgesetzgebung — die Sorge für die unvorhergesehenen Fälle der Arbeitslosigkeit und des vorzeitigen Ablebens unter Hinterlassung von Familien. Ist dieses Princip für Beamte und Lehrer mehr und mehr durch das Gemeinwesen zur Durchführung gelangt, so wird die wichtigste Sorge sein, es in noch höherem Maße auch für den großen Kreis der übrigen Bevölkerungsklassen zu thun. Was die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft, so kann hier noch weniger von einem abschließenden Urtheil die Rede sein. Diese Bewegung ist die allerjüngste; die Versuche, die in einigen Städten der Schweiz gemacht worden sind, wie in Basel, Bern und St. Gallen, haben zunächst nur die Schwierigkeit bewiesen, sich streng innerhalb der Grenzen der Versicherung zu halten und nicht in das Gebiet der Wohlthätigkeit überzugreifen; auch bildet die Neigung zum Mißbrauch gerade hier eine sehr große Gefahr. Auf die wichtigste Hilfsmaßregel — den Arbeitsnachweis — kommen wir noch besonders zurück. Noch übler steht es mit der Versicherung von Wittwen und Waisen, für die abgesehen von der Knappschafts- und privaten Fabrikcassen noch nirgends ein Anfang gemacht worden ist.

Im Rahmen der Bestrebungen zur Selbsthülfe darf auch noch erwähnt werden die Ermöglichung billiger Credite. Jeder Versuch, im genossenschaftlichen Wege Mittel hierzu zu beschaffen, wird besonderer Unterstützung würdig sein. Namentlich bedarf der Handwerkerstand öfter der Mittel zum Einkauf von Rohmaterialien, während ihm die entsprechenden Einnahmen erst später mit dem Verkauf der fertiggestellten Producte allmählich zufließen. Der Privateredit, der in der Regel angerufen werden muß, stellt meist unbillige und harte Bedingungen. In Preußen ist der kürzlich geschaffenen Centralgenossenschaftskasse die Aufgabe gestellt, die Gewährung billigen Credits durch Genossenschaften zu ermöglichen bezw. zu begünstigen. Man wird freilich hierbei, wie bei allen derartigen Maßregeln, sehr vorsichtig vorgehen müssen, weil eben der Personaleredit seine Erschwerung und seine

Erleichterung in der Person, in dem ihr zukommenden Vertrauen bzw. in dem Mangel der vertrauenerweckenden Eigenschaften findet und in vielfach der des Kassencredites Würdige auch angemessenen persönlichen Credit hat. Die Förderung des Sparkassenwesens wird in Großstädten und namentlich in Hamburg keiner besonderen Ermunterung bedürfen, da es gerade hier vorzüglich ausgebildet ist. Die Schwierigkeiten, die kleinere Gemeinden in dieser Beziehung haben, liegen für die Großstadt nicht vor. Immerhin wird man auch hier gewissen Fragen fortwährende Aufmerksamkeit zuwenden müssen und namentlich dafür Sorge zu tragen haben, daß der Zinssatz nicht unter eine gewisse Höhe heruntergehe und daß Beträge über eine gewisse Höhe nicht zur Einzahlung zugelassen werden. Würde die Herabsetzung des Zinsfußes viele kleinere Sparer zur Anlegung ihres Geldes in minder sicheren Werthen verführen, so kann die Garantie verhältnismäßig hoher Zinssätze auch dazu führen, die Sparkassen als Rentenanstalten anzusehen, was sie ihrer Natur nach nicht dürfen und können. Sie sollen vor allem den Anreiz zum Sparen geben und eine sichere Stelle zur Aufbewahrung bieten.

Was im übrigen diese im engeren Sinne „Selbsthülfe“ genannten Bestrebungen betrifft, so werden wir hierauf noch bei Besprechung des angrenzenden Gebietes der „Armenpflege“ kurz zurückkommen müssen. Man möge beachten, daß heute, wo der Staat und die Gemeinde der öffentlichen Rechtspflicht zur Armenpflege, d. h. zur Unterstützung derjenigen unterliegen, die „sich selbst nicht helfen“ können, erhebliche Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für diesen „Ersatz der Selbsthülfe“ notwendig sind, und daß daher alle Aufwendungen, die dem Ersatz gelten, nicht nur im höchsten Grade nutzbringend angelegt sind, sondern den ungeheuren moralischen und socialen Vorzug haben, das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit zu stärken und so die Gefahr abzuschwächen, die immer mit dem Empfange von öffentlichen Mitteln ohne Gegenleistung verbunden ist.



VIII.

Gesundheitspflege.

Von den Maßregeln zum Schutze gegen Krankheiten und zur Förderung des körperlichen Wohlbefindens läßt sich im allgemeinen Ähnliches sagen, wie von dem Schulwesen; es hat in neuerer Zeit einen mit den Leistungen früherer Zeiten nicht vergleichbaren Aufschwung erhalten, sodaß eine Reihe von Forderungen in Bezug auf die Gesundheitspflege derart in das Bewußtsein der Bevölkerung übergegangen sind, daß man sie als festen Bestandtheil jeder Verwaltungsthätigkeit bezeichnen kann; dahin gehörten namentlich die Fürsorge für Kranke in Heil- und Pflegeanstalten und die Maßregeln zum Schutze gegen ansteckende Krankheiten. Gleichwohl ist das Gebiet dieser Fürsorge noch in hohem Maße erweiterungsfähig.

Eine mittelbare Einwirkung auf den allgemeinen Gesundheitszustand üben, ähnlich wie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Nationalwohlstand zurückwirken, alle diejenigen Verhältnisse, durch welche die hinreichende Pflege des Körpers und der Schutz vor Schädigungen sichergestellt wird. Keine gesundheitspflegerische Maßregel als solche wird ähnliche Erfolge erzielen, wie die Schaffung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen, welche der Bevölkerung hinreichenden Verdienst und damit die Anschaffung von Nahrungsmitteln in zureichender Menge und guter Beschaffenheit ermöglichen. Dieser Zusammenhang drängt sich eben in allen Beziehungen immer wieder auf. Ferner sind Schutzmaßregeln gegen Gesundheitsschädigungen von besonderer Bedeutung, weil sie Einflüsse beseitigen, welche die Widerstandsfähigkeit des Körpers vermindern. Wir meinen nicht allein Unfallverhütungsvorschriften, sondern namentlich Maßregeln, die gewisse einer Gesundheitsschädigung durch ihre Arbeit besonders ausgesetzte Berufsclassen gegen die dieser Arbeit eigenthümlichen Gefahren besser schützen, so die Cigarrenarbeiter, die Metallarbeiter, die Bäcker durch Beschränkung der Arbeitszeit, durch Schaffung hinreichend guter Arbeitsräume und durch mechanische Einrichtungen zur Ableitung von Staub und Schmutz. Zum Theil hängen diese Maßregeln mit den allgemeinen baupolizeilichen und wohnungspflegerischen Aufgaben zusammen, die gerade in Bezug

auf Werkstätten gar nicht scharf genug gehandhabt werden können. Wenn irgendwo der freien Willkür Einhalt zu thun ist, so ist es auf diesem Gebiete, auf welchem die Ausbeutung durch mangelhafte Löhne, ihre Verschärfung durch die Ausbeutung der als sogen. Werkstätten dienenden Räume verdoppelt wird. Hier kann neben den reichsgesetzlichen Vorschriften das einzelne Gemeinwesen in sehr umfassender Weise nachhelfen. Aber auch über die Fürsorge für einzelne Berufsarten hinaus wird sich die von uns früher besprochene Thätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens als eine der fruchtbarsten Maßregeln erweisen, die allgemeinen Gesundheitszustände zu verbessern, wenn die Möglichkeit beseitigt wird, in dunkeln und schlecht oder gar nicht zu lüftenden Räumen zu hausen, feuchte Keller als Wohnstätten zu benutzen, durch licht- und luftlose Aborte Miasmen in die Wohnungen eindringen zu lassen.

Hier reiht sich die auch schon erwähnte Fürsorge für gesundes Wasser, die Schaffung von lustigen Straßen, von öffentlichen Plätzen u. dergl. an. So selbstverständlich und gemeingütig, von niemand verkannt diese Forderungen auch genannt werden dürfen, so ist die Bemerkung doch nicht zu unterdrücken, daß eben die Bestrebungen auf diesem Gebiete leicht ihre Schwungkraft einbüßen, wenn die Anlässe verschwunden sind, welche ihre Nothwendigkeit in besonders drastischer Weise erkennbar gemacht haben.

Diese Gefahr, die mit löblichem Nachdruck begonnenen Maßregeln nach und nach weniger sorgfältig zu handhaben, den weiteren Ausbau nützlicher Maßregeln zu unterlassen oder ihm ein langsameres Tempo zu geben, ist eine mit der Eigenthümlichkeit menschlicher Natur verbundene Schwäche, auf deren Vorhandensein immer wieder aufmerksam zu machen, deren bewußte Ueberwindung immer wieder mit Nachdruck zu fordern ist. Zum Theil liegt dieses Nachlassen auch einfach daran, daß alle diese Dinge nicht so sinnenfällig sind, wie etwa ein baufälliges Haus, das sich durch sein Aussehen, durch Zeichen beginnenden Einsturzes u. s. w. als solches von selbst ankündigt und Schutzmaßregeln hervorruft, oder etwa eine Krankheit, die das Aeußere entzieht oder lebhafteste Schmerzen verursacht. Aber gerade das, was innerlich morsch zu werden beginnt, bedarf der rechtzeitigen Festigung und gerade die inneren Krankheiten sind es, die eine langsame Auflösung des Körpers verursachen.

Nun sind freilich die soeben angedeuteten Maßregeln nicht sowohl auf die Gesundheitspflege des einzelnen, als auf die Pflege des Gesundheitszustandes der gesamten Bevölkerung berechnet, neben ihnen können Maßregeln, welche direct die Körper- und Gesundheitspflege des einzelnen, bezw. die Beseitigung eingetretener oder zu befürchtender Gesundheitschädigung des einzelnen nicht entbehrt werden. Von selbst ergibt sich für diese Maßregeln die Scheidung in zwei Gruppen, die diätetische und die therapeutische oder mit deutschen, wenn auch nicht ganz deckenden Worten ausgedrückt: die Pflege des noch gesunden und die Heilung des kranken Körpers. In der ersten Gruppe wird der Schwerpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege bei dem Kindesalter bis zum Verlassen der Schule liegen müssen, da nach diesem Zeitpunkte eine so unmittelbare Einwirkung auf den einzelnen kaum mehr möglich ist. Hierher gehören Belehrungen der Eltern, namentlich der Mütter; man hat neuerdings versucht, bei den Standesämtern kleine Büchlein bereitzulegen, die bei der Anmeldung eines Geburtsfalles dem Anmeldenden mitgegeben werden und welche in kurze Worte gefaßte Regeln für die Behandlung des Neugeborenen enthalten, eine gewiß sehr nützliche Maßregel. Auch ist durch eine sehr verbesserte Aufsicht des Hebammenwesens vielen Gefahren für das Neugeborene vorgebeugt; es sei an die Thatfache erinnert, daß die Zahl blind geborener Kinder erheblich gerade durch die Fortschritte auf dem Gebiete des Hebammenwesens abgenommen hat. Doch ist diese unmittelbar vor Eintritt des Ereignisses erfolgende Belehrung nicht hinreichend, abgesehen davon, daß viele Familien nicht in der Lage sind, alle diese vortrefflichen Rathschläge zu befolgen.

Die Beobachtung des Zustandes, in welchem die Kinder sich bis zum schulpflichtigen Alter befinden, wird sehr schwierig sein; immerhin wird bei einer Wohnungscontrolle, wie wir sie im übrigen gefordert haben, sich die Aufmerksamkeit auf den Zustand der Einwohner richten und mit Ermahnung, im Nothfalle auch mit Zwangsmaßregeln eingegriffen werden können. Das schulpflichtige Alter ermöglicht eine dauernde Ueberwachung, die freilich in höherem Maße, als es bisher geschehen, herauszufordern ist. Dies wird namentlich durch Einrichtung einer ständigen ärztlichen Ueberwachung durch Schulärzte erfolgen müssen, die der Pflege der wichtigsten Organe besondere Beachtung zu schenken hätten, wie es die Augen, die Ohren und die Zähne sind. Auch erheben

wir die Forderung der Einrichtung allgemeiner Schulsbäder, da die Hauptpflege, die bekanntlich schon in den bemittelteren Klassen viel zu wünschen übrig läßt, in den Volksschulen um so unzureichender ist, als die größten Nachlässigkeiten durch die Kleider verdeckt werden. Die auf Schaffung von Speisung ärmerer Kinder, Einrichtung von Feriencolonien, Heilstätten und dergleichen gerichtete Bewegung ist noch zu jung, um in dieser Beziehung ein abschließendes Urtheil fällen zu können. Doch glauben wir, daß auch hier allgemeine Wohlfahrtsmaßregeln, welche die Eltern in den Stand setzen, ihre Kinder ohne fremde Hilfe zu speisen und mit ihnen in gesunden Wohnungen und gesunden Stadttheilen zu wohnen, mehr nützen werden als alle diese Wohltätigkeitseinrichtungen, obwohl sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu entbehren sind.

Was die Beobachtung und wo nöthig Behandlung durch Aerzte, Hebammen, Specialärzte u. s. w. betrifft, so sind wir, wenn irgendwo, hier geneigt, uns dem socialdemokratischen Programm allgemeiner unentgeltlicher Fürsorge anzunähern. Wir halten einen Zustand für denkbar und durchaus nicht für bedrohlich, in dem jedem Einwohner die erforderliche ärztliche Hilfe unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Nur müßte die Sache so eingerichtet sein, daß nicht der Mindestfordernde hierfür als ausreichend erachtet wird, sondern daß gerade die Besten hierfür gut genug erscheinen. Wir haben einen Anfang dieser allgemeinen Fürsorge in den Rassenärzten und den Armenärzten, zum Theil schon mit der Befugniß der freien Arztwahl. Dies ist der Beginn verheißungsvoller Entwicklung, wenn mit aller Energie dem manchesterlichen Princip billigsten Angebots hierbei entgegengetreten wird und die ärztliche Leistung nicht gleich jeder beliebigen Waare dem übertragen wird, der am wenigsten dafür fordert. Es ist eine unerläßliche Pflicht des Gemeinwesens, dahin zu streben, daß gewisse Sätze für die ärztliche Leistung festgestellt werden, die der wirklichen Leistung entsprechen, und daß den Rassen geradezu verboten wird, den Unfug der wechselseitigen Unterbietung zu fördern, der gleicherweise dem ärztlichen Stande wie den Kranken verderblich ist. Solange dieser Zustand geduldet und ganz geringe Sätze zugelassen werden, wird die Uebung dieser Praxis immer als eine unerfrenliche Beigabe der ärztlichen Thätigkeit betrachtet werden, die von Vielen wegen der Sicherheit der Bezüge nicht aufgegeben, aber entsprechend der Bezahlung betrieben wird.

Hätten wir nicht in dem ärztlichen Stande trotz alledem ganz ungewöhnlich viele warmherzige und sowohl der Wissenschaft ernstlich ergebene wie eines warmen Muthes an der leidenden Menschheit fähige Leute, die mit der Kassen- und Armenpraxis verbundenen Uebelstände würden noch viel greller hervortreten.

Gleichwohl darf der außerordentliche Fortschritt, der durch die sociale Versicherungsgesetzgebung gerade in dieser Beziehung gemacht worden ist, nicht verkannt werden. Er hat, von allem Uebrigen abgesehen, namentlich bewirkt, daß der größte Theil der Bevölkerung nicht mehr bis zum letzten Augenblicke wartet, sondern rechtzeitig ärztliche Hülfe und Krankenpflege in Anspruch nimmt. Ohne hier in eine Erörterung der Krankenkassen-Gesetzgebung eintreten zu wollen, möchten wir in Bezug auf sie nur bemerken, daß ein erheblicher Uebelstand die mechanische Beschränkung der Dauer des Krankengeldbezuges ist. Gerade wenn durch Gewährung eines angemessenen Krankengeldes an die Familie bei gleichzeitiger Behandlung des erkrankten Familienhauptes entsprechende Fortschritte in der Besserung gemacht sind, hören auf einmal die Leistungen der Krankenkasse auf, sodaß entweder der Heilungsproceß vor seiner Beendigung unterbrochen wird, und zwar meistens in dem gefährlichen Stadium beginnender Genesung, oder daß die sehr viel unzulänglichere Armenpflege eintritt. Es ist durchaus dahin zu streben, daß die Leistungen der Krankenkassen so lange dauern, wie die Krankheit, und, wo nöthig, die daraus sich ergebende Mehrbelastung durch gemeinschaftliche Kasseinrichtungen bezw. entsprechend schnelleres und zulängliches Eintreten der Invaliditätsversicherung ausgeglichen werde.

Im übrigen darf mit Genugthuung die in den letzten Jahren begonnene Bewegung für Gewährung von Reconvalescentenpflege begrüßt werden, wenn sie auch vorläufig noch viel zu sehr als Wohlthätigkeitsmaßregel, denn als nothwendige ergänzende Maßregel der Krankenfürsorge betrachtet wird. Doch leuchtet es ein, daß nur dann die erstere zu ihrem völligen Abschluß gedeihen kann, wenn der Betroffene die Gesundheit völlig wieder erlangt und davor behütet wird, gerade dann seine Kräfte erneut anzustrengen, wenn sorgfältige Schonung geboten ist, obwohl der Krankheitsproceß selbst als beendet angesehen werden darf. Wir zweifeln nach dem Gange, den diese Bewegung zur Zeit nimmt, nicht daran, daß diese Bedeutung der Pflege der Genesenden mehr und

mehr anerkannt und so von der Krankenpflege zur wirklichen Heilung vorgeschritten wird.

IX.

Der Arbeitsnachweis.

Wenn die Arbeitslosigkeit das wesentlichste wirtschaftliche Uebel ist, so liegt es auf der Hand, daß man auf Mittel sinnt, dem Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Die Hebung der Noth durch dieses Mittel bietet bei der ungeheuren Einfachheit dieses Gedankenganges kein Problem; die Schwierigkeit, ja zum Theil die Unmöglichkeit der Lösung liegt in der Ausführung. Wir sprechen hier nicht von der Schaffung von Arbeit im Sinne der Blanc'schen Nationalwerkstätten oder im Sinne zukunftsstaatlicher Hoffnungen, d. h. von Arbeit, die durch das Marktbedürfniß nicht gesucht und künstlich behufs Beschäftigung Arbeitsloser erzeugt wird, sondern von den Mitteln, die Arbeit, die vorhanden ist, nachzuweisen. Man sollte daher besser statt „Arbeitsnachweis“ von „Arbeitsvermittlung“ sprechen.

Einrichtungen zur Vermittlung von Arbeit bestehen in Deutschland und auch in Hamburg sowohl bei Arbeitgeber- wie bei Arbeitnehmer-Verbänden: Hamburg hat etwa 30 Stellen der ersteren und etwa 50 Stellen der zweiten Art, die nur zum geringeren Theile eine größere Bedeutung besitzen; auch beschränken sich diese Stellen auf gelernte Arbeiter mit bestimmter technischer Vorbildung; daneben ist die Umschau, namentlich bei Baustätten und bei großen Betrieben in Gebrauch, auch findet die gewerbsmäßige Stellenvermittlung, namentlich in Bezug auf das weibliche Gesinde, das Geschäftspersonal und die Seelente statt. Die Fachnachweise leiden, weil sie überwiegend einseitig entweder von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern unterhalten werden, unter dem wechselseitigen Mißtrauen; die Umschau führt zu vielfacher Vergeudung von Zeit und Kraft und verführt zum Müßiggang, während die gewerbsmäßigen Stellenvermittlungen durch hohe Ge-

bühren, durch persönliche Begünstigungen infolge von besonderen Aufwendungen der Stellensuchenden — einem Krebschaden namentlich der Vermittelung für Seelente, vielfach aber auch im Gasthofsgerwerbe — nicht nur denen Schaden zufügen, die mangelnder Mittel halber sie nicht benutzen können, sondern auch diejenigen ausbeuten, die eine Stelle durch sie nachgewiesen erhalten. Endlich bleibt von Vermittlungsstellen unberücksichtigt die ungeheure Zahl der ungelernten Arbeiter, die nichts weiter als die Kraft ihrer Hände und Arme anzubieten haben, die fogen. „industrielle Reservearmee“. Es bedarf daher eines Arbeitsnachweises, der die gelernten wie die ungelernten gewerblichen Arbeiter, die Seelente und das Gesinde im weiteren Sinne umfaßt, das Vertrauen beider Theile genießt, mit feinen oder nur ganz geringen Gebühren arbeitet und die Bemühung um Arbeit unter Zeitverlust auf das geringste Maß beschränkt.

Als socialpolitische Gesichtspunkte von Bedeutung kommen hierbei ferner in Betracht die Tendenz, die Arbeitsgelegenheiten auszugleichen, indem von einer Centralstelle aus der Arbeitsmarkt übersehen und die Stellensuchenden dorthin gewiesen werden, wo Arbeitermangel herrscht, und darüber belehrt werden, wo Ueberfluß an Kräften vorhanden ist, und zweitens die Zurückhaltung eines ungeheuren Zuflusses arbeitsloser Personen zu industriellen Centren, namentlich nach großen Städten, wo der Arbeitslose leichter Arbeit zu finden hofft als in den engeren heimischen Verhältnissen. Der schnell schaffenden Phantasie stellt sich nun die Einrichtung der Arbeitsvermittlung verhältnismäßig leicht vor. Man richtet eine Stelle ein, nimmt die Meldungen der Arbeitgeber entgegen, vermerkt die Arbeitsuchenden, und stellt durch wechselseitige Bekanntgabe der Nachfrage und des Angebots einen Contact zwischen beiden Theilen her. Das ist ja in der That die einfachste Formel für die technische Ausführung, mit deren Aufstellung allein aber doch herzlich wenig gethan ist, obwohl sich eine ganze Anzahl von bestehenden Arbeitsnachweisen damit glaubt begnügen zu sollen. Voranzugehen hat dem Bemühen um Herstellung eines Arbeitsnachweises vor allem die Erkenntniß der Lage des Arbeitsmarktes, wofür der Nachweis berechnet ist, das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der in dieser Beziehung herrschenden örtlichen Gewohnheiten. Ein reiches Maß socialpolitischen Verständnisses wird hier vor allem die Grundlage bilden müssen.

Betrachtet man, abgesehen von einzelnen örtlichen Schwankungen, die regelmäßigen Erscheinungen auf diesem Gebiete, so wird man zu unterscheiden haben zwischen vorübergehender und dauernder Arbeitslosigkeit und bei ersterer wiederum zwischen regelmäßiger Störung der Arbeit infolge natürlicher Umstände, wie Einfluß des Frostes für das Baugewerbe, für die Hafenarbeit u. s. w., und der durch unvorhergesehene Betriebschwankungen erzeugten Arbeitslosigkeit, wie denn gewisse Industrien, z. B. die Wollindustrie, solche Schwankungen regelmäßig aufweisen, und Betriebe, die von der Mode abhängig sind, unter dem wechselnden Bedarf leiden. Dauernde Arbeitslosigkeit für die in bestimmten Betrieben beschäftigte Personen tritt dagegen da ein, wo eine Industrie völlig aufhört, ein Hauptbetrieb von einem Pläze zum anderen verlegt, eine auf Handarbeit berechnete Industrie durch Maschinenarbeit verdrängt wird. Es leuchtet ein, daß die vorübergehenden Schwankungen, die mit der Jahreszeit zusammenhängen, verhältnißmäßig am leichtesten ertragen werden können, weil sie voraussehen sind und der Lohn in der Betriebszeit meist so hoch ist, daß er eine Rücklage für die tote Zeit ermöglicht. Anders schon liegt es, wenn mit den Wirkungen der Jahreszeit eine Verminderung der gewerblichen Thätigkeit überhaupt Hand in Hand geht, wie beispielsweise in den letzten Jahren die auf eine gewisse Höhe gediehene Bauhätigkeit absolut abgenommen und die im Baugewerbe und den verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter zum Theil arbeitslos gemacht oder wie die Cholera auf Handel und Schifffahrt zurückgewirkt und die regelmäßige Hafen- und Schiffsarbeit wesentlich beeinträchtigt hat. Bei solchen Gelegenheiten wird natürlich auch der beste Arbeitsnachweis im Augenblick wenig nützen, während er in den übrigen Fällen von großer Bedeutung werden kann und, wenn angemessen centralisirt, auch selbst für solche Calamitäten einen Ausgleich herbeiführen kann.

Daß der Arbeitsnachweis noch zur Zeit so vielen Bedenken begegnet, ist wesentlich in zwei Momenten begründet. Das eine ist die Befürchtung der Behörden, daß der von amtlicher Seite begünstigte oder gar eingerichtete Arbeitsnachweis die Arbeitssuchenden zu der Meinung verführen könne, als sei der Staat oder die Gemeinde verpflichtet, auch Arbeit zu schaffen. Zweitens aber ist der Sache durch die Beziehungen der öffentlichen Armenpflege zu dem Arbeitsnachweis vielfach Schaden zugefügt. Da die Armenpflege arbeitsfähige Arme zu unterstützen

nicht gänzlich unterlassen kann, sofern sie nämlich hilfsbedürftig sind, ist sie genöthigt, den Nachweis zu fordern, daß der Hilfesuchende sich redlich um Arbeit bemüht habe, ohne solche gefunden zu haben. Daß hierfür ein centraler Arbeitsnachweis das beste Mittel ist, bedarf keiner weiteren Ausführung. Wenn aber dann Armenverwaltungen und Wohlthätigkeitsvereine dazu übergegangen sind, einen Arbeitsnachweis als Prüfstein für die Bedürftigkeit einzurichten, haben sie damit der Einrichtung von vornherein einen ihren wirthschaftlichen Charakter schwer beeinträchtigenden Makel aufgedrückt. In den beiden eben bemerkten Beziehungen wird man also eine andere Stellung einnehmen müssen. Weil Arbeitsvermittlung nicht Schaffung fehlender, sondern in der That nur Vermittlung vorhandener Arbeit sein soll, muß das lediglich aus dem Wortlaut geschöpfte Bedenken gegen die wirthschaftliche Bedeutung der Angelegenheit völlig zurücktreten; andererseits muß aber auch, weil es sich eben um eine rein wirthschaftliche Angelegenheit handelt, die Armenpflege und Wohlthätigkeit die Hand möglichst davon halten und sich darauf beschränken, die Schaffung eines Arbeitsnachweises anzuregen und ihn, wenn er vorhanden ist, für ihre Zwecke zu benutzen.

Diese Meinung aber, daß es sich um eine wirthschaftliche Maßregel von höchster Bedeutung handelt, die jeder Förderung durch das Gemeinwesen werth ist, wollen wir auch hier mit Nachdruck betonen und damit von vornherein Stellung nehmen gegen alle die spielenden Versuche, die, so gut sie gemeint sind, doch nur die wahre Bedeutung der Arbeitsvermittlung verschleiern. Für die dem Gemeinwesen obliegende Förderung der Angelegenheit ist es allerdings heute noch nicht möglich, ganz feste Grundsätze aufzustellen, weil es im Großen und Ganzen noch an hinreichenden Erfahrungen fehlt. Fast überall hat in den letzten zehn, meist erst in den letzten fünf Jahren die Bewegung begonnen und die verschiedensten Formen ins Leben gerufen. So ist die bekannte Arbeiterbörse in Paris ein reines Gemeindeunternehmen, mit der eigenthümlichen Maßgabe, daß seine Verwaltung lediglich den Arbeitnehmern anvertraut ist und die Versammlungsräume gleichzeitig den Schauplatz der Arbeiterbewegung bilden. Als Gemeindeanstalt unter Leitung der Gemeinde und unter Betheiligung von Arbeitgebern und -nehmern bestehen Einrichtungen in mehreren schweizerischen Städten, wie Basel, St. Gallen, Bern u. a., während in Stuttgart und einigen

anderen württembergischen Städten nach dem Vorgange von Stuttgart das Arbeitsamt dem Gewerbegericht unterstellt ist, dessen Leiter zugleich Leiter des Amts sind, während die übrigen Mitglieder von den Beisitzern gewählt werden. In Frankfurt a. M. ernennet der Magistrat den Vorsitzenden, die übrigen Commissionsmitglieder werden von den zur Wahl der Gewerbegerichtsmitglieder befugten Arbeitgebern und -nehmern erwählt. In anderen Städten wie München, Ulm, Krefeld u. a. m. besteht ein gemischtes System, indem die Vorsitzenden und einige oder alle Mitglieder von der Gemeindevertretung gewählt, die übrigen von den zur Gewerbegerichtswahl befugten Arbeitnehmern gewählt werden. In anderen Stellen wiederum betreiben gemeinnützige Vereine die Angelegenheit mit städtischer Unterstützung, so namentlich in Berlin und im minderen Maße auch in Hamburg, Wien, Freiburg i. Br. u. a. m. In der großen Mehrzahl beschränken sich alle diese Stellen auf die Nachweisung von Arbeit für ungelernete Arbeiter; nur Berlin hat seit kurzem und, wie es scheint, mit gutem Erfolge die Vermittelung im Brauerei- und Malergewerbe in die Hand genommen. Die Mehrzahl der Veranstellungen erhebt keine Gebühren.

Wie man sieht, ist der socialpolitische Gesichtspunkt bei den württembergischen Einrichtungen sehr nachdrücklich durch die Identificirung des Gewerbegerichts mit dem Arbeitsamt festgehalten, ein Umstand, der namentlich durch die reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Gewerbegericht und seine Function als Einigungsamt zurückzuführen ist. Ganz fern von solchen Gesichtspunkten ist der Hamburger Arbeitsnachweis für Gelegenheitsarbeiter, der von der Patriotischen Gesellschaft mit nicht unerheblicher Staatshilfe betrieben wird. Wir halten beides nicht für richtig. Die Angelegenheit ist noch nicht soweit gediehen, um das gefährliche Experiment der Verquickung zweier im Grunde verschiedener Aufgaben zu machen. Haben die Gewerkevereine den Arbeitsnachweis mit ihren übrigen Bestrebungen verbunden und ihn zur Grundlage entsprechender Arbeitslosenunterstützung gemacht, so handeln sie eben lediglich vom Standpunkte des Arbeiterinteresses aus, während ein geordneter Arbeitsnachweis nothwendig auch das Interesse des Arbeitgebers berücksichtigen muß. Denn dieser ist es, der den Nachweis benutzen soll und ohne dessen Mitwirkung jede Bemühung sogleich ins Wasser fällt. Aus demselben Gesichtspunkte aber im Hinblick auf das Interesse des Arbeitnehmers verwirft der große Berliner Verein die Unterstellung unter die

Gemeindeverwaltung, weil diese Mitwirkung nothwendig auch den entsprechenden Einfluß auf die Geschäfte bedingt und ein solcher Einfluß durchaus unerwünscht sei. Wir können diesen Standpunkt nicht unbedingt theilen, geben aber zu, daß im Beginne solcher Unternehmung es besser sein wird, wenn die Leitung zunächst aus Vertretungen beider Theile unter einem unparteiischen Vorsitzenden gebildet und, sofern die Gemeinde einen Zuschuß leistet, dessen sachgemäße Verwendung durch Entsendung eines Beauftragten in schonendster Form überwacht wird, daß mit anderen Worten auch hier die Selbstverwaltung Platz greift mit den auch bei anderen Gegenständen der Selbstverwaltung üblichen Schutzmaßregeln gegen Mißbrauch.

Die Einrichtung wird sich im Beginne nicht wesentlich über die ungelernten Arbeiter ausdehnen dürfen, weil nur bei diesen die äußere Erscheinung sogleich das Urtheil gestattet, ob sie für die gewünschte Arbeit verwendbar sind, während für alle gelernten Arbeiter ein Nachweis besonderer Fähigkeiten erforderlich ist, die in besonderer Art durch Zeugnisse nachgewiesen werden müssen. Schreitet man aber zum Nachweis auch für diese vor, so ist allerdings erforderlich, das zu thun, was Privat-Stellenvermittler thun und weswegen diese gesucht werden: über die Qualifikation des Arbeiters Auskunft zu gewähren. Wie man denn überhaupt als wichtigsten Grundsatz festzuhalten hat, daß der Arbeitsnachweis nur dann befriedigende Erfolge erzielen kann, wenn er einem wirthschaftlichen Bedürfniß entspricht, sodaß er mit Vertrauen und mit wirklichem Nutzen in Anspruch genommen werden kann. Das Schicksal aller Einrichtungen, welche mit wohlthätigen Absichten, mit der Hülfe einiger menschenfreundlichen Arbeitgeber oder gar mit Hülfe der Armenverwaltungen arbeiten, hat zur Genüge gezeigt, daß der Arbeitsnachweis um so besser ist, je mehr er rein geschäftlichen Absichten dient. Freilich — und darin liegt das wichtige socialpolitische Moment — soll er schon dadurch, daß er besteht, gemeinnützig wirken und die Schädigungen vermeiden, welche der Privatanachweis mit sich bringt. In dieser Beziehung wird immer wieder die ausgleichende Tendenz zu betonen sein, die freilich erst dann durchgeführt werden kann, wenn in größeren Bezirken Arbeitsnachweise bestehen und eine Verbindung zwischen verschiedenen Plätzen eingerichtet werden kann. Hier wird sich auch ein wesentliches Interesse der Gemeinde berücksichtigen lassen, dessen Wahrnehmung sie

geradezu zur Vorbedingung jedes Zuschusses machen sollte: daß nämlich bei der Nachweisung fremd zugereifte Arbeiter und seit kurzem erst in der Gemeinde aufhältliche zunächst nicht berücksichtigt werden, und daß bei der Zuweisung auch persönliche Verhältnisse, wie Besitz von Familie, in Rechnung gezogen werden. Bei den von der Gemeinde selbst zu vergebenden Arbeiten sollte dieser Gesichtspunkt nie außer Acht gelassen werden. Im übrigen wird das Gemeinwesen, je mehr die Einrichtungen des Arbeitsnachweises sich vervollkommen, die Hand auf die privaten gewerblichen Nachweise legen können und die zum Theil schreienden Uebelstände, namentlich bei der Arbeitsvermittlung für Seelente, unterdrücken müssen.

Die technischen Voraussetzungen eines geordneten Arbeitsnachweises können wir hier nicht wohl besprechen, möchten aber zum Schluß nicht unerwähnt lassen, daß gerade diese Einrichtungen nur erfolgreich betrieben werden können, wenn sie über ein schnell auffindbares Material verfügen und mit absoluter Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit arbeiten.

X.

Armenpflege.

Der Zustand der Bedürftigkeit einzelner Personen — Einzelarmuth — oder ganzer Personentklassen — Massenarmuth — ist nicht an und für sich in der menschlichen Natur begründet; es handelt sich vielmehr stets um einen secundären Zustand, der durch tieferliegende Ursachen geschaffen ist. Diese Ursachen sind allgemeiner oder persönlicher Natur. Zu den allgemeinen Ursachen gehören gewerbliche Krisen, mangelhafte Staatseinrichtungen u. s. w. als menschliche Veranstaltungen — Brand, Wasser, Hagelschäden, Epidemien u. dgl. als Folgen von Naturerscheinungen, die die davon Betroffenen erwerbs- oder vermögenslos machen; persönlicher Natur sind die durch den körperlichen oder geistigen Zustand unverschuldet erzeugten Hinderungen der Erwerbsfähigkeit und die als Mißfölgang, Trunksucht, Viederlichkeit zu Tage tretende

eigene Verschuldung. Welche Ursachen aber immer zu dem Zustande der Armuth geführt haben und wie schwer die häufig weit zurückliegenden Ursachen erkannt werden mögen, mit Sicherheit ist schließlich nur ihre endliche Wirkung sichtbar, die in der äußeren Erscheinung der Armuth zu Tage tritt und, woher immer kommend, immer ein und dasselbe bedeutet: Mangel an dem zum nothwendigen Lebensunterhalt Erforderlichen. Diesem Mangel abzuhelpen, ist Aufgabe der Armenpflege. In social-politischer Beziehung kommt daher der Armenpflege keine oder auch nur eine secundäre Bedeutung zu, weil sie erst dann in Thätigkeit zu treten hat, wenn alle jene Maßregeln der Wohlfahrtspflege, der Versicherungsgesetzgebung, der Selbsthülfe versagt haben. Man darf umgekehrt aussprechen, daß der Umfang der Armenpflege geradezu den Gradmesser der wirthschaftlichen Verhältnisse und der socialpolitischen Gestaltung des Staats- und Gemeinbewesens darstellt, da um ebenso viel der Mangel steigt, als den Arbeitsfähigen entweder die Erwerbsgelegenheit fehlt oder sie bei frühzeitigem Ableben ihre Familien nicht in sorgenfreier Lage haben zurücklassen können. Der leitende Grundsatz für die Armenpflege muß daher ihrem subsidiären Charakter gemäß der sein, nur dann helfend einzutreten, wenn jede andere Möglichkeit der Hülfe, namentlich der Selbsthülfe, erschöpft ist.

Damit ergibt sich von selbst für die Armenpflege die Forderung, in jedem einzelnen Falle die Unmöglichkeit der Selbsthülfe festzustellen, und die weitere, durch ihre Darbietungen nie dazu zu verlocken, den Weg der Selbsthülfe als den minder wünschenswerthen erscheinen zu lassen. Es ergibt sich somit weiter die naturgemäße Scheidung zwischen arbeitsfähigen und arbeitsunfähigen Personen, die Nothwendigkeit der Prüfung, ob der Arbeitsfähige alles gethan hat, um von seiner Fähigkeit Gebrauch zu machen, und der Prüfung, ob alle übrigen Hülfsmittel, wie eigenes Vermögen, Ansprüche an Aassen, an Arbeitgeber erschöpft sind, und endlich, ob die Familie des Bedürftigen ihm gegenüber ihren rechtlichen und moralischen Pflichten nachgekommen ist. Insoweit diese negativen Voraussetzungen erfüllt sind, hat die Armenpflege einzutreten. Wir wollen hier nicht auf die theoretischen Begründungen betreffend die Rechtspflicht des öffentlichen Wesens zur Armenpflege näher eingehen; ob man sie aus polizeilichen, aus wirthschaftlichen, aus politischen

oder aus ethischen Gesichtspunkten begründen will, über das Eine ist man allseitig einverstanden, daß es der Natur des modernen Staatswesens widerspricht, irgend ein Glied seiner Gemeinschaft dem Mangel und dadurch dem leiblichen Untergange preiszugeben. Allerdings ist diese Rechtspflicht nicht durchweg gesetzlich anerkannt; Frankreich hat mit Ausnahme der Irren- und Waisenspflege noch heute keine öffentliche Armenpflege, ebenso wenig Italien, Spanien, während England diese Rechtspflicht, wenn auch in beschränkterem Maße als Deutschland, anerkennt. Doch ist zu bemerken, daß in denjenigen Staaten, wo es an gesetzlicher Armenpflege fehlt, eine von Alters her sehr reiche kirchliche und stiftungsmäßige Armenpflege betrieben worden ist, die jenen Mangel zum Theil auszugleichen im Stande war.

In Deutschland hat sich die Rechtspflicht durchweg seit der Reformation, zum Theil aber auch schon früher auf der Grundlage der bürgerlichen Gemeinde entwickelt, die für verpflichtet erachtet wurde, für die ihr zugehörigen Bürger zu sorgen, und zwar Bürger im allerengsten Sinne, d. h. unter Ausschluß aller nicht bürgerlichen fremden, wenn auch ansässigen Elemente, ein Zustand, der noch zur Zeit in mehreren Cantonen in der Schweiz vorherrscht und diesen ein geradezu mittelalterliches Gepräge giebt. Aus der Sorge für die Gemeindebürger wurde dann weiter die Sorge für nichtbürgerliche Einwohner, an die sich dann die weitere für alle am Orte aufhaltenden Personen angliederte, die schließlich zu der reichsgesetzlichen Verpflichtung aller Gemeinden geführt hat, für jeden die Armenpflege nach gleichen Grundsätzen eintreten zu lassen, dessen Bedürftigkeit an seinem Aufenthaltsorte erkennbar hervortritt. Freilich mit der Einschränkung, daß, wenn er noch nicht zwei Jahre an dem Orte sich dauernd aufgehalten hat, diejenige Gemeinde den Aufwand zu erstatten hat, wo er vorher zwei Jahre sich aufgehalten hatte, unter Einschlebung größerer Verbände, die die Kostenlast zu übernehmen haben, sofern jemand an keinem Orte in den letzten zwei Jahren dauernd aufgehalten gewesen ist. Diese Einschränkung hängt mit der historischen Entwicklung der bürgerlichen Gemeinde zusammen, die wiederum von der Gestaltung der wirtschaftlichen und gewerblichen Freiheit abhängig ist. Daß die Bindung an eine bestimmte Gemeinde aufgegeben und die Freiheit des Aufenthalts und des Gewerbebetriebes in ganz Deutschland jedem Deutschen bewilligt wurde,

entsprang wesentlich der Erkenntniß, daß die Bindung an eine Scholle durchaus keine Gewähr für dauernde Arbeitsgelegenheit bot und daß auch in der Heimath sich kein Mitgefühl gegen den regte, der zu den Lasten des Gemeinwesens nicht mehr beizutragen vermochte.

Was man auch gegen die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit sagen mag, es unterliegt keinem Zweifel, daß sie unter heutigen Verhältnissen die einzige Möglichkeit wirthschaftlicher Freiheit des Verkehrs bieten und daß die anscheinenden Vortheile der wirthschaftlichen Gebundenheit wesentlich überwogen werden von den Schattenseiten, die dem Heimathszwange anhaften. Nicht durch Rückgängigmachung dieser Errungenschaften wird man auf diesem Gebiete helfen können, sondern dadurch, daß man den Angehörigen eines Gemeinwesens die Möglichkeit wirthschaftlichen Bestehens gewährt. Wir glauben nicht, daß die Fortwanderung aus dem Osten nur einem unbändigen Wandertriebe entsprungen ist. Würden die Grundbesitzer, die über Mangel an Arbeitern klagen, während diese gleichzeitig in die Städte und Industriestätten zufließen, ihren Arbeitern menschenwürdige Existenzbedingungen bieten, so würde hierdurch die Seßhaftigkeit in weit höherem Maße befördert werden. Doch ist hier nicht der Ort, auf diese Agrarfrage näher einzugehen.

In Bezug auf die Entwicklung der öffentlichen Armenpflege ist aber noch der andere Gesichtspunkt der positiven Fürsorge im Gegensatz zu rein repressiven Massregeln hervorzuheben. Die ungeheure Bettlerplage des 16. und 18. Jahrhunderts vermochte man nicht durch Verbote und harte Bestrafung der Bettelei einzudämmen; sie blühte trotzdem, solange nicht für die wirklich Verdürftigten in ausreichender Weise gesorgt war. Allerdings ist die moderne Zeit eher in den gegentheiligen, aber jedenfalls weniger gefährlichen Fehler verfallen, die positive Seite der Fürsorge zu nachdrücklich zu betonen und die Strafe für Bettelei und Landstreicherei zu milde zu gestalten. Wird aber einmal die Thatsache anerkannt, daß es Gemeindeangehörige giebt, die an dem Nothwendigen Mangel leiden, so ist eine solche positive Fürsorge unerlässlich. Sie wird sich um so intensiver zu gestalten haben, je ungefährlicher sie nach Art und Beschaffenheit der in Frage kommenden Personen ist. Wir erwähnten schon an anderer Stelle, daß in dieser Beziehung Krankenpflege in jeder Form gar nicht weit genug getrieben werden kann. Die Hülfe

in Fällen der allgemeinen Bedürftigkeit durch Mangel an Unterhaltungsmitteln würde namentlich da intensiver zu gestalten sein, wo es sich um Wittwen und Waisen handelt, deren Zukunft von dem Maße der ihnen zugewendeten Fürsorge abhängt, während es sich bei alten Leuten lediglich um die Gewährung eines mehr oder minder reichlichen Lebensunterhalts handelt. Immer aber ist der Gesichtspunkt zu beachten, daß eine zu freigebige oder zu leichte Gewährung von Unterstützung die Bevölkerung weniger fürsorglich macht, an die Tage der Noth und des Alters zu denken, und daß jede Ueberschreitung des Nothwendigen andere verlockt, sich ebenfalls auf die Hülfe des Gemeinwesens zu verlassen. In socialpolitischer Beziehung bildet es daher eine Hauptaufgabe des Gemeinwesens, dieser überall beobachteten Folgeerscheinung nachlässiger Armenpflege entgegenzutreten und durch strenge Prüfung des Einzelsalles den nicht Bedürftigen fernzuhalten. Soweit sich aber die Unterstützung des Arbeitsfähigen nicht vermeiden läßt, namentlich mit Rücksicht auf seine Angehörigen, muß nachdrücklich auf Wiedererlangung von Arbeit und bei muthwilliger Versäumniß der Arbeitsgelegenheit auf Bestrafung des Säumnigen gedrungen werden. Hier wird namentlich von vorhandenem Arbeitsnachweis Gebrauch zu machen und, soweit er nicht vorhanden, auch vom Standpunkte der Armenpflege seine Schaffung mit allen Mitteln anzustreben sein, da lediglich durch einen solchen zuverlässig festgestellt werden kann, ob Arbeit für den Hülfsuchenden vorhanden ist.

Die Uebung der öffentlichen Armenpflege ist zur Zeit in fast allen Städten in ehrenamtliche Hände gelegt, wenn auch nicht überall mit gleichem Erfolg. Diese Thätigkeit zu fördern, gehört zu den wesentlichsten und schönsten Aufgaben des Gemeinwesens, da gerade auf dem Gebiete der Armenpflege die Verbindung zahlreicher bürgerlicher Elemente mit den Bedürftigen diesen die Kenntniß der mit der Armuth verbundenen Zustände vermittelt, sie auf tiefe Schäden, aus denen Armuth entspringt, aufmerksam macht und sie nicht nur zur Verwendung öffentlicher Mittel, sondern auch zur Bethätigung persönlichen Antheils und Heranziehung weiterer Personentreife treibt. Die mit ehrenamtlicher Thätigkeit immer verbundene Gefahr einer gewissen Willkür und allmählicher Lässigkeit hatte sich auch in Hamburg gezeigt; sie darf bis auf weiteres durch die Reorganisation als beseitigt gelten, um so mehr, als es gelungen ist, den Kreis der pflegerischen

Organe wesentlich zu erweitern. Hierin und in der besseren, übersichtlicheren Einrichtung überhaupt wird auch der Hauptvorteil der Reorganisation liegen, die im übrigen auf den alten Wegen fortwandelt, die vor hundert Jahren Büsch und Vogt gewiesen haben, das heißt auf dem uralten, schon von den ersten Bischöfen der christlichen Kirche beschrittenen Wege der Individualisation. Erfüllt die Armenpflege diese Voraussetzung individueller Prüfung, so zeigen sich ihr von selbst die Grenzen ihres Könnens. Auf die technischen Einzelheiten der offenen und geschlossenen Armenpflege kann hier nicht näher eingegangen werden.

Nur der Beziehungen zur privaten Armenpflege möchten wir noch mit einem Worte gedenken. Die Scheidung zwischen beiden ist sehr schwer, weil die Gaben beider äußerlich die gleichen sind; beide unterstützen mit Geld, mit Lebensmitteln, mit Kranken- und Anstaltspflege. Der Unterschied kann daher nur in inneren Momenten gefunden werden, namentlich darin, daß die öffentliche Armenpflege auf Grund einer Rechtspflicht erfolgt, während die private freiwillige Liebedienste übt; auch hat jene sich auf das Nothwendige zu beschränken, während diese auch das Nützliche und unter Umständen das Uebersflüssige gewähren darf. Beide werden aber nur dann erfolgreich wirken können, wenn sie mit einander in dauernder Fühlung bleiben und mit Bewußtsein ihr Aufgabengebiet gegen einander abgrenzen. Hierzu die Vorbedingung zu schaffen, gehört zu den unerläßlichen Aufgaben jeder geordneten Armenverwaltung; nur hat sie sich unbedingt vor dem hier zu Tage tretenden Verlangen nach Centralisation zu hüten, die der persönlichen Neigung, wohlthätig zu sein, durchaus schädlich entgegenwirkt. Im übrigen kommt, wie schon bemerkt, der Armenpflege eine socialpolitische Bedeutung im engeren Sinne nicht zu. Vielmehr muß vor der Ueberschätzung armenpflegerischer und helfender Thätigkeit gerade in diesem Zusammenhange gewarnt werden. Vielleicht durch nichts wird die Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden mehr erweitert als durch die beim besten Willen vielfach verständnißlose Art des Gebens. Je mehr wir heute geneigt sind, mit Armenpflege und Wohlthätigkeits Einrichtungen, wie sie in solcher Güte und Ausdehnung keine frühere Zeit gekannt hat, in der nachträglichen Hülfs thätigkeit vorzuschreiten, um so mehr gerade laufen wir Gefahr, in ihr den wichtigeren Theil helfender Thätigkeit und Erfüllung der socialen Pflichten

von Mensch zu Mensch zu erblicken. Denn der beste Theil helfender Thätigkeit wird immer dem einzelnen Individuum gegenüber darin bestehen, es von fremder Hülfe unabhängig zu machen, und der Gesamtheit gegenüber darin, die thatsächlichen Ursachen der Hilfsbedürftigkeit zu beseitigen. Denn dieses ist der Hauptwerth planvoller helfender Thätigkeit, daß sie dazu führt, an den Wirkungen der Armuth ihre Ursachen zu erkennen und sich ganz und gar mit der lebhaftesten Begierde zu erfüllen, diesen Ursachen in verständnißvoller und gemeinschaftlicher Arbeit entgegenzuwirken.

XI.

Schlußbetrachtung.

Wir betonten wiederholt, daß wir die socialpolitischen Aufgaben des städtischen Gemeinwesens an dieser Stelle nur anzudeuten vermöchten. Die Tagespresse wird immer nur durch einige aus der Fülle specieller Forschungen und Betrachtungen geschöpfte Darbietungen allgemeine Anregungen geben können, die mehr die Richtung weisen als Verwaltungsgrundsätze für den einzelnen Fall an die Hand geben. In der That ließe sich das unter unserer Ueberschrift zu besprechende Material noch außerordentlich vermehren; jedes einzelne Gebiet, wie Gesundheitspflege, Schulwesen, Armenwesen, vor allem Bauwesen, giebt Stoff zu bündereichen Auseinandersetzungen. Wir heben dies ausdrücklich hervor, um der Auffassung zu begegnen, wir hätten hier den socialpolitischen Aufgabenkreis erschöpft und glaubten die Thätigkeit des Gemeinwesens auf diese Aufgaben beschränkt. Wohl aber dürfen wir aussprechen, daß in den hier besprochenen Aufgaben und den angrenzenden Gebieten die wesentliche Stärke socialer Politik in modernem Sinne wird liegen müssen. Kein Zweifel, daß die Ordnung von Verfassung und Verwaltung die Grundlegung für die Erfüllung solcher Aufgaben bildet; aber diese Bestrebungen liegen hauptsächlich auf dem Gebiete des politischen Kampfes, der ununterbrochen zwischen den verschiedenen Factoren des Gemein-

wesens gekämpft wird, wenn auch selbstverständlich der Ausgang dieses Kampfes beziehungsweise sein zeitweiliger Stand die Behandlung der socialpolitischen Aufgaben wesentlich beeinflussen wird.

Neben dem Vorwurf, den Gegenstand nicht erschöpft zu haben, haben wir den der Maßlosigkeit von der einen, den der Zahmheit von der anderen Seite zu befürchten. Maßlos erscheinen die Forderungen, die wir namentlich in Bezug auf die Ban- und Wohnungsfrage erhoben haben, allen denjenigen, die, an die Bethätigung freihändlerischer Grundsätze gewöhnt, ihre uneingeschränkte Uebertragung oder besser ihre fortdauernde Beibehaltung auch für alle übrigen Gebiete menschlichen Handelns fordern; ein zahmes Programm aber wird das unsrige allen denen bedünken, die den Kapitalbesitz als solchen, den Unternehmergewinn, die Differenzirung des Vermögens für ein Unglück erachten und nur von einer völligen Umgestaltung der Dinge Besserung erwarten. Wir verkennen nicht, daß Parteien eine Fahne brauchen, unter der sie ihre Anhänger sammeln, und daß als Devise ein kräftiges, thunlichst einseitiges Schlagwort nöthig ist; die einseitige Uebertreibung liegt in der Natur der Parteibildung, und nur dieser kräftigen Uebertreibung gewisser Parteigrundsätze verdanken wir allen Fortschritt. Was aber für politische, religiöse und sociale Parteien gut ist, würde vom Uebel sein für die Verwaltung, die die Geschäfte zu führen und nicht allein mit einer Partei, mit einer Idee, sondern mit den bestehenden Verhältnissen ebenso sehr wie mit neuen Anschauungen zu rechnen, die die schwere Beweglichkeit fester Gewöhnung mit den ungestümen Forderungen des jüngeren Geschlechts zu versöhnen hat. Die conservativen und die revolutionären Kräfte, die von oben und von unten her drängen, geben der Verwaltung von selbst die aus der Physik genugsam bekannte diagonale Richtung im Parallelogramm der Kräfte, wobei denn das Machtverhältniß maßgebender Parteien mehr nach der einen oder nach der anderen Richtung hin drängt. Aber die diagonale Bewegung ist der Verwaltung selbst natürlich; ihr ist und darf es kein Vorwurf sein, wenn sie Compromisse schließt, um überhaupt vorwärts zu gelangen, wenn sie das Gute nimmt, weil sie das Bessere nicht sogleich erreichen kann.

Die allgemeine Entwicklung sorgt ohnehin in fast unmerkbarer Weise dafür, daß gewisse Errungenschaften fortgeschrittener Ansichten nicht mehr verlassen werden können und so eine entschiedene Aufwärtsbewegung nicht

gehindert werden kann. Wir vergessen allzuleicht, was wir erreicht haben und wieviele zum festen Besitz der gesamten Volksanschauung geworden ist. Man eifere noch so sehr gegen unsere Strafgesetze; daß aber ein Grad persönlicher Sicherheit und Freiheit erreicht ist, wie ihn kein früheres Zeitalter gekannt hat, darf doch billig anerkannt werden. Wie viel man auch über Engherzigkeit in religiöser Beziehung klagen mag, das Maß der Freiheit, wie es beispielsweise durch das Gesetz über die Verurkundung des Personenstandes dem Einzelnen verbürgt ist, war vor noch einem halben Jahrhundert unerhört. Wer je sich mit der Geschichte der Fürsorge für Kranke und Bedürftige beschäftigt hat, wer sich über die Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung und die Landesculturbestrebungen zu unterrichten bemüht ist, staunt nicht sowohl über die in dieser Beziehung heute entwickelte Thätigkeit, als vielmehr über die grenzenlose Vernachlässigung, über die durchaus menschenunwürdige Behandlung, welche allen denen gegenüber möglich war, die nichts weiter besaßen als den Titel Mensch. Wir brauchen in der That nicht davor zurückzusehen, uns auch dessen zu freuen, was besser geworden ist, ohne daß wir darum uns einer satten Selbstzufriedenheit hingeben und die Einrichtungen der Welt für die bestmöglichen erklären. Wohl aber wollen wir mit Bewußtsein uns gegen diejenigen wenden, die uns alle Errungenschaften in sittlicher und nationaler Beziehung leugnen und bekritlein wollen. Wir sind in dieser Beziehung zweifellos in üblerer Lage als die vorhergehende Generation, welche mit heißem Bemühen der deutschen Einigung zustrebte und, als sie errungen war, ein Ungeheures, in der Weltgeschichte Einziges erlebt zu haben glaubte. Nun es der nachfolgenden Generation zum festen Besitz geworden, ist fast schon vergessen, was dieser Besitz gekostet und wie schwer er gewonnen worden.

Man wende hiergegen nicht ein, daß es sich nicht darum handle, träge auf dem Erworbenen zu sitzen, sondern darum, fortzuschreiten und fortzubilden. Eins schließt das andere nicht aus. Wir vermögen es aber als keinen Gewinn zu betrachten, wenn immer nur jene eine Seite betont wird. Denn diese dauernde Betonung der üblen Lage der sogenannten arbeitenden Klassen führt mehr und mehr dazu, daß in der Verbesserung der materiellen Lage allein schon die Besserung erblickt wird und der Sinn immer wieder auf die materiellen Güter hingelenkt wird. Die Summe persönlichen Glückes, die

durchaus unabhängig von dem Umfang irdischer Güter dem Einzelnen möglich ist, wird hierbei durchaus unterschätzt. Selbst Bewegungen wie die christlich-socialen, deren gute Absichten wir gewiß nicht verkennen wollen, leisten in der Aufstachelung der Leidenschaften nach irdischem Besitz mehr, als uns für eine Bewegung, die immerhin das Wort „christlich“ zu ihrer Bezeichnung mit aufgenommen hat, wünschenswerth scheint. Wird den besitzenden Klassen ein Mammonsdienst vorgeworfen, so kommt die Bewegung derer, die den Vorwurf erheben, vielfach auf nichts Anderes heraus, als die Nichtbesitzenden an ihre Stelle zu setzen und sie nach demselben Mammon gierig zu machen.

Wir glauben durch unsere socialen Ausführungen in den vorhergehenden Artikeln gegen den Schein geschützt zu sein, als wenn wir irgendwie ein Stehenbleiben gut heißen; auch wir wollen Reformen, zum Theil radicale; aber wir erblicken die Möglichkeit, sie zu erlangen, weder in der Aufstachelung der Leidenschaften, noch in der Sammlung gestaltenloser Zukunftsbilder, die aus den menschlichen Dingen ein einfaches Rechenexempel machen und lebendige Menschen als ebenso viele Zahlen in dies Exempel einsetzen, unbewegt durch Haß und Liebe, durch Talent und Charakter, durch Kraft und durch Schwachheit.

Woran wir unbeirrt glauben, das ist der Fortschritt in jenem schon angedeuteten Sinne, der Fortschritt der sittlichen, politischen und wirthschaftlichen Ueberzeugungen und des ihnen entsprechenden Handelns. Es wird in der That etwas herausgearbeitet, was als unveräußerliches und unverlierbares Gut der Menschheit bleibt, es werden Anschauungen errungen, hinter die zurückzufallen nicht mehr möglich ist. In diesem Sinne ist als fortgeschrittene Anschauung gerade unseres Zeitalters die sociale Anschauung zu begrüßen, die mit der Lehre des reinen Individualismus gebrochen und anerkannt hat, daß die Gemeinschaft schuldig ist, nicht nur dem Einzelnen freie Bahn zu geben, sondern ihn auch da zu schützen, wo die Kraft des Einzelnen nicht ausreicht, ihm Gesundheit des Körpers und des Geistes zu geben. Es ist möglich, daß die Bewegung nicht ohne Anwendung von Gewalt sich entwickelt, Gewalt von oben wie von unten. Die Gewaltthaber glauben, durch Unterdrückung der Meinungsäußerung, durch Anwendung von Strafen und Zwang Meinungen niederdrücken zu können, von

denen die der Gewalt Unterworfenen glauben, daß ihre Verwirklichung hinreichen würde, die Welt in einen neuen und glücklichen Zustand zu versetzen. Aber so wenig wir meinten, einen berechtigten Kern der Socialdemokratie anerkennen zu dürfen, so wenig vermögen wir an die Berechtigung, geschweige denn an die Zweckmäßigkeit von Gewaltmaßregeln gegen sie zu glauben. Man tötet weder Ideen noch Leidenschaften dadurch, daß man sie unterdrückt und bestraft, sowenig man die Flamme erlöschten macht, wenn man sie zu ersticken versucht; sie brennt unter der Asche, statt in hellem Feuer an freier Luft zu verglühen. Oder um ohne Bild zu sprechen: Versuchen wir der aus dem tiefsten Bedürfniß der menschlichen Natur erwachsenden Sehnsucht nach freiem und höherem Lebensdasein den ihr entsprechenden Inhalt zu geben, die verworren geahnten Ziele in klarer Deutlichkeit zu erkennen und den danach Ringenden zur Klarheit zu bringen. Nicht der wird in den socialen Kämpfen obsiegen, der mit beschränktem Dünkel das Hergebrachte für unantastbar hält, und nicht der, welcher mit gieriger Leidenschaft das Neue in verlockender Form zu künden sucht, sondern der, der die werdende politische und wirtschaftliche Entwicklung zu verstehen und sie zu fördern bemüht ist. Auf diesem Wege liegen unsere socialen Aufgaben.





